

Bezugspreis: Vierteljahr 9.-, Halbjahr 16.-, Monat 3.-...

Anzeigenpreis: 24 achtspaltige Kompatibilität... 1.50 M. kleine Anzeigen...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 20. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Regierung und Kriegsgefangene.

Frauenabordnung in Weimar.

Der Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen und anderer Mitglieder des Kabinetts 50 Frauen aus allen Teilen Deutschlands empfangen...

Der Minister des Auswärtigen ergänzte diese Ausführungen noch an Einzelheiten und schloß sich der Versicherung des Reichskanzlers mit allem Nachdruck an.

Die Abordnung verabschiedete sich mit mehrfach wiederholtem Dank und lebhafter Zustimmung zu der Bitte des Reichskanzlers, namentlich gegen falsche Gerüchte und Verhörung im Lande energisch aufzutreten.

Die Nationalversammlung wird sich mit allen ihren Parteien in den nächsten Tagen durch eine Resolution den Bemühungen der Regierung anschließen...

Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Osterreich gesichert.

Aus Wien wird gemeldet: Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Osterreich kann trotz des Widerstandes der derzeitigen ungarischen Regierung...

Terror gegen die Deutsch-Ungarn.

Wiener Blättermeldungen zufolge verlangten die Vertreter der westungarischen Gemeinden die rascheste Intervention der deutschösterreichischen Regierung bei den Ententevertretern...

Wie aus Fürstentfeld gemeldet wird, erhielten alle Gemeinden Deutsch-Westungarns, wo am Sonntag Volkerversammlungen stattgefunden haben, Befehle von 20 Mann mit zwei Maschinengewehren...

Der oberschlesische Aufruhr.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Reichskanzler Bauer das Wort zum Aufstand in Oberschlesien und sagte:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche, schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Kattatoren einen gewalttätigen Aufstand herbeizuführen versucht...

wesentlich übertrieben

sind und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist...

Die militärischen Operationen.

Wie aus Deutzen gemeldet wird, sind gestern weitere militärische Verstärkungen in Oberschlesien angekommen. Ein Detachement rückte gestern in Schomburg ein und säuberte den Ort...

Vor Einstellung des Personenverkehrs.

Aus Breslau wird gemeldet: Da die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks völlig aufgehört hat, ist wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt...

Das Ende des Kohlenwindels.

Die heutige Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente“ eine auch von der heutigen „B. Z.“ am Mittwoch weitverbreitete Drahtmeldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Genf...

Ein Nachwort zur Luzerner Konferenz.

Wenn die Internationale heute so ohnmächtig ist, obwohl, nach der sehr treffenden Formel Renaudels, „niemals eine Lage im Grunde genommen so revolutionär gewesen ist“...

Die einen möchten gerne eine offizielle Verurteilung unserer Kriegspolitik durchsehen, hauptsächlich um sich dadurch die eigenen Sünden vergeben zu lassen...

Wie war es denn mit der Resolution über den Staatsstreik der Entente in Ungarn? Wer hatte den Mut, im Plenum zu erklären, daß es niemals zur Wiederkehr eines Habsburger gekommen wäre...

Statt dessen aber kompromittiert man Resolutionen zusammen, die alle befriedigen sollen und in Wirklichkeit niemandem befriedigen; man schafft nach außen ein durch einstimmig angenommene Soldheute eine scheinbare Einmütigkeit...

Ist aber eine Einigkeit angesichts der gemeinsamen Leiden und Gefahren und angesichts des gemeinsamen Zieles wirklich unmöglich? Wiederrum liegt der Schlüssel des Problems bei Deutschland. Solange die deutsche Arbeiterklasse gespalten ist, solange wird auch die ganze Internationale ohnmächtig sein...

deutsche Regierung versuche den Friedensvertrag durch die Schaffung der Einwohnervorkämpfer zu umgehen, die deutschen Mehrheitssozialisten hätten den Frieden ablehnen müssen, weil sie einen neuen Krieg gegen die Entente beginnen wollten! Und anderes mehr.

Dah wir dieser Orgie von Lügen nicht ruhig beizuwohnen vermöchten, wird man wohl begreifen können. Die Engländer jedenfalls haben es begriffen, denn MacDonald sagte mir nach der Sitzung: „Es ist traurig, daß eine solche Rede auf einer internationalen Konferenz gehalten werden konnte“. Traurig sei es aber auch für die Internationale, fügte er hinzu, daß sich zwei Parteien eines selben Landes derartig bekämpfen. Das ist ganz unsere Meinung — aber gibt es Veröhnung mit der Lüge, gibt es Kompromisse mit der Gemeinheit?

Genosse Eduard Bernstein, dessen von uns abweichende Ansichten über wichtige Fragen der Kriegspolitik bekannt sind, und der als Schöpfer der Einigkeitstendenzungen sicher über den Verdacht der Leidenschaft und der Vorurteile steht, sah sich bei zwei Gelegenheiten gezwungen, einmal in der Kommission und einmal im Plenum, Dr. Silberding zuzurufen: „Aber, Genosse Silberding, daran, was Sie sagen, glauben Sie doch wohl selbst nicht!“ Eduard Bernstein, der sich durch seine hervorragenden Reden in Luzern wiederum unerschütterlich bewies, um das Wohl der deutschen Arbeiterklasse erworben hat, hatte damit die ganze Lage gekennzeichnet: solange die unabhängige Partei nur von Kritikern lebt, die größtenteils unaufrichtig sind, solange wird auch die Einigung unmöglich und die Internationale ohnmächtig sein.

Genosse Wels hatte seinerseits im Plenum jeden Angriff gegen die U. S. P. vermieden, er hatte nur die Tatsache festgestellt, daß, wenn die Unabhängigen gemeinsam mit uns bei den Wahlen gekämpft hätten, wir wahrscheinlich zusammen die absolute Mehrheit errungen und eine Koalition mit Bürgerlichen heute nicht nötig hätten. Er hatte sich im übrigen hauptsächlich auf die Erörterung von konkreten Problemen beschränkt, namentlich der Kohlennot, die eine ungewisse Gefahr für das gesamte europäische Proletariat bildet. Der Dank für diese Sachlichkeit war einerseits die Begrüßung Crispians, andererseits der Hohn Silberdings, der, wider besseres Wissen, behauptete, Wels habe mit seinem Worte die Notwendigkeit des Klassenkampfes erwähnt und ihm sei wohl die Kohlennot wichtiger.

Wenn am Wedding oder sonstwo in Groß-Berlin solche Reden gehalten werden, so haben wenigstens die Menschen, die sich verführen lassen, die Entschuldigung, daß sie geblühten, gebungert, getrunken, geblutet haben und in den aufsteigenden Worten und Phrasen so etwas wie eine Raube für ihre Quoten zu finden meinten. Aber im Kursaal von Luzern saßen Herren in Planelhosens und mit Brillanterringen, Damen mit Perlentollern und geschminkten Lippen und applaudierten kräftig den Worten Crispians, Refraktäre, Ententeagenten, Palastdieber, alles goldene Gefindel, das in diesen fünf Jahren Deutschlands Niederlage gewünscht hat und jetzt, logischerweise, mit seiner Begeisterung für die Rede Crispians und mit seinem Haß gegen uns, deutsche Mehrheitssozialisten, die diese Niederlage gesücht hatten und abwenden wollten, nicht zurückhalten konnte.

Da ist mir doch der Wedding lieber!
Viktor Schiff.

Die „Freiheit“ behauptet noch immer, daß Verbungen für deutsche Formationen in Lettland stattfinden. Es wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß wiederholt Befehle erlassen worden sind, die die Verbungen und die Ausbildung von Truppen zu verhindern und auf das seit langem bestehende Verbot solcher Verbungen immer wieder hinweisen. In letzter Zeit sind auch zwei Transporte von Freiwilligen, die nach Lettland gehen sollten, angehalten und ihre Angehörigen nach Hause geschickt worden. Uebrigens ist es nur noch eine Frage der aller nächsten Zeit, daß ganz Lettland von deutschen Truppen geräumt sein wird.

Brot! Friede! Freiheit!

Drei Worte stehen auf unserer Fahne geschrieben:
Brot: Die Frucht der Erde, die auch uns erzeugt hat, Spenderin alles Lebens, ewige Nabelschnur, die uns an die Scholle dieses erkaltenden Gefirnisses fesselt und ohne die auch wir erkalten müssen.

Friede: zitternder Atemhauch, in deinen Duft grünen die Felder und die Tiere paaren sich. In dir ist alle Süße des Heißseins und das Glück aller Liebenden. Der Mann, sein Werk vollendend, blickt voll Stolz auf das gutgeordnete Land und die schwangeren Mütter bereiten sich zu gebären.

Freiheit: unsterbliche Hoffnung aller Geknechteten. Vor dir zittern die Fürsten und die Reichen verbergen ihr Gut. Wo dein lothbares Wort ertönt, da zerspringen die Tore aller Kerker. In deinem Namen lächeln die Gefangenen, die Verwundeten fühlen ihre Narben nicht mehr und die Sterbenden glauben an das Leben.

Drei Worte! und doch so viel Blut vergossen um ihr-willen. Soviel Verdrehung, Hinterlist, Lüge, Gewalt. Soviel Tränen . . . und soviel Freude.
Armin A. Wegener.

Gegen der Arbeit.

In Heft 4 der Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur „Die Tat“, die im Verlag von E. Diederichs in Jena erscheint, feiert Anna Siemsen die Schönheit und die Segen spendende Kraft der Arbeit, die durch die Warenwirtschaft in ihr Gegenteil verkehrt worden ist.

Der natürlich empfindende Mensch sieht sich im Zwang der Not, gejagt vom Hunger und von seinen unerbittlichen Bedürfnissen, ins Joch der Arbeit gespannt. Er kann sie nicht anders empfinden, wie als Unglück und Schmach, und wenn er einen Gott der Arbeit kennt, so ist's ein harter Gott, der Kraft und verflucht. Gibt es keinen Weg, diesen Joch in Segen zu verkehren? Wir sehen ihn schon: Was das Spiel über die Arbeit erhebt, ist eine schöpferische Freiheit. Macht die Arbeit zum Schöpfungswort, so verschwindet ihr Joch, so wird sie göttlicher Akt.

Trotzdem ist dieser Weg, auf dem Arbeit zum göttlichen Werk wird. Wir können Schöpfer sein am Werke selbst. Schöpfer an anderen Menschen, Schöpfer an uns selber, Schöpfer am Werk! Die meisten denken dabei an Künstler und geistig Schaffende. Und bei diesen ist gewiß das freie Glück der inneren Entfaltung am höchsten. Aber beim Kinde, das der selbstgemachte Papierdrachen mit Stolz erkält, wie beim Bauern, der am Sonntagmorgens seine Felder besieht und sich ihrer freut, nicht am Besitz — auch der Bauerntochter kann die gleiche Freude empfinden —, nein, am Werk seiner Hände: überall finden wir diese Schöpferfreude, wo der Mensch noch nicht von seinem Werke getrennt ist, wo's ihm noch

Eine unabhängige Rheinrepublik.

Zahlreiche bürgerliche Blätter bringen folgende Nachricht: Der neugegründete „Rheinlandbund“ fordert zur sofortigen Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im föderativen Verbände mit den in Bildung begriffenen ober-rheinischen Republiken auf. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smeets. Der Bund setzt sich aus Mit-gliedern aller Parteien zusammen. Ueberwiegend dürften wohl die radikalsten Arbeitermassen und Bauern dabei vertreten sein.

Wir gehen wohl nicht in der Annahme fehl, daß es sich bei diesem „Rheinlandbund“ um das Gebilde handelt, das aus den von uns gemeindefreien Verhandlungen zwischen Zentrum und U. S. P. entsprossen ist. Als wir zuerst über dieses neueste hochverräterische Bündnis berichteten, warnte die „Freiheit“ vor unserer „Glaubwürdigkeit“; was wird sie nun sagen?

Protest der badischen Räte.

Die Landesversammlung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte nahm nach stürmischer Aussprache eine Entschließung an, in welcher gegen die Auflösung der Arbeiterräte protestiert wurde. Ihre Auflösung habe erst stattzufinden, nachdem Betriebsräte eingeführt und Volkssekretariate geschaffen worden sind. Ein von der radikalen Minderheit der Landeszentrale der Arbeiterräte ausgeprochenes Mißtrauensvotum wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Einigung in Köln.

Das Ergebnis der nahezu vierstündigen Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Arbeitslosenkommission in Köln ist folgendes:
1. Die Stadtverwaltung ist wegen entgegenstehenden Verordnungen der Reichsregierung nicht berechtigt, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung aus sich zu erhöhen. Sie soll jedoch Zuschüsse in anderer Form gewähren.
2. Die Forderungen betreffend Abgabe von Winterkleidung aus der Alt-Leihstelle, Gewährung von Vorkassien zur Beschaffung von Winterkleidung fanden die Zustimmung der Verwaltung.
3. Ueber die Forderung einer einmaligen Feuerungszulage soll die Finanzkommission am Dienstag beraten, während die entgeltliche Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu steht.

Bremen gegen wilde Betriebsräte.

Der Versuch, dem Betriebsrätegesetz und der Wahlordnung des Zentralkrats durch Bildung von kommunistischen Räteorganisationen vorzugreifen, wird von der Bremer Arbeiterschaft, die bekanntlich zum großen Teil auf radikalem Standpunkt steht, geschlossen abgelehnt. In der letzten Versammlung der Betriebsräte wurde die Bildung eines Zentralkrats gegen wenige Stimmen verschoben, bis das neue Gesetz in Kraft getreten und die Voraussetzungen danach erfolgt sind. Aus den Reihen der unabhängigen Betriebsräte heraus wurde bedauert, daß die Mehrheitssozialisten an dem gegenwärtig bestehenden provisorischen Vorstand der Bremer Betriebsräte nicht beteiligt seien. Die Mehrheitssozialisten erklärten sich zur Mitarbeit bereit, worauf ihre Kandidaten in den provisorischen Vorstand zugewählt wurden.

Eine zeitgemäße Enthüllung.

Die Gefährdung des Deutichums im Osten liegt in Meseritz die lange Frage entstehen, was wohl aus dem Denkmal Wilhelm's I. das zurzeit in Bromberg steht, werden würde. Nach einem kurzen Despenswechsel mit Bromberg überließ diese Stadt den heiligsten Meseritzern ihr Denkmal. Hierüber stimmt die „Meseritzer Kreiszeitung“ eine Jubelstimmung an, die in dem schleintriefenden Stil der vorrevolutionären Zeit abgefaßt ist. Das Glück, gerade das Denkmal des alten „Heidenkaisers“ zu erhalten, läßt das Blatt sich zu der Aeußerung verheizen, daß ihnen das Denkmal das Symbol des neuen sozialen Zeitalters sei. In Meseritz, wo man immer etwas rückständig war, schadet es allerdings nichts, die alte, von den übrigen Teilen des Reichs längst begrabene Hohenzollern-Legende wieder aufzuwärmen. Allerdings hinkt der Pferdeschuh der Geschichte nach. Die Stadt soll nämlich die Kosten des Fundamentes tragen, eine Pflicht, der sich vielleicht doch nicht alle unterziehen werden.

nicht Ware geworden ist, Mittel, seine Lebensnotdurft oder Ueberfluk, Macht oder Ansehen damit zu erkaufen. Dies ist die einfachste und reinste Art schöpferischer Arbeit. Nicht die höchste, höher noch scheint mir die Arbeit, die an anderen Menschen geschieht. Was die Mutter den Kindern, der Freund dem Freunde oder Kameraden, der Samariter dem „der unter die Würde gefallen war“, tut, ist dieser Art. Aber jede Arbeit, die in irgendeiner Weise den anderen dient, trägt schöpferisches Glück und Heiligkeit in sich, wenn sie im Geist dieses Helfens und Dienenwollens geschieht. Und sie hat ebenso wie die schöpferische Arbeit am Werke die Kraft in sich, etwas Neues zu machen. Welche wahre Mutter wird danach fragen, daß ihre Arbeiten für das Kind oft recht schwächliche, langweilige, ermüdende sind? Diese Not und dieser Zwang sind ganz und gar gerechtfertigt durch die Schöpferfreude dem werdenden Menschen gegenüber. Und diese natürliche, angeborene Freude kann zu einer Ueberwindung auch des äußersten Fieles führen, wenn sie im Dienst der anderen gefordert wird. Erinnerung wir uns nicht an den alten Abzweiger in Tolstoi's „Macht der Finsternis“? Wo bleibt bei dessen widerwärtiger Arbeit der Mangel und die Plage? Hier ist die Arbeit, diese Arbeit wirklich Gottesdienst.

Und wo wir nicht dem Werk und nicht dem Menschen durch unser Werk gestaltend dienen können, da bleibt noch immer die Arbeit, die uns selbst gestaltet, an der wir Geist und Körper bilden. Die Kraft üben, den Willen erproben, an der wir, wenn nichts anderes bleibt, die Ueberwindung lernen. Unzählige sind auch hier die Arten, vom ersten — ach so mühsamen — Gehenlernen des Kindes bis zu Spinozas Gläser schleifen, mit dem er nicht allein sein Brot verdient hat, sondern sich selbst erzog zur heiteren Unabhängigkeit des Weisen. Und hier liegt der größte Spielraum und die größte Aufgabe der reisenden Menschen, auch die blanke, bare Not zum Dienst zu zwingen unter den schöpferischen Gott in uns, zum Dienst unter den freien Menschen.

Das wären unsere Wege von der herfluchten und gottlosen Arbeit der Not und des Zwanges zur freien Tat, die auch im allerbescheidensten Maße des Windelwaschens und Kohlentragens göttlich heißt, weil sie menschlich ist.

Gehen wir diese Wege? Einzelne sind sie gegangen, gemiß. Aber die Köhler? Aber die Menschen? Unsere Aufgabe war es, Zwang und Anständigkeit der Not zu brechen. Notarbeit zu verwandeln in freie Tat, und durch sie uns selber menschlich zu gestalten, den anderen zu gleichem menschlichen, freien Leben zu helfen und durch unser Werk das Chaos der feindlichen Erde in ein Kosmos, eine Menschenheimat, zu wandeln. All unsere wachsende Erkenntnis und Kraft, alle Wissenschaft und Technik, Geldemut und Fleiß der Menschen hätten diesem Ziele sich zuwenden sollen. Wie könnte so durch freie Tat die Erde blühen, wirklich ein Garten Gottes und ein Paradies.

Ein deutsches Erfindungsinstitut.

Uns wird geschrieben:
Von verschiedenen Seiten ist schon wiederholt der Ruf nach Errichtung eines deutschen Erfindungsinstituts laut geworden.

Helferich gegen Erzberger.

Auf nach gerichtlicher Aufklärung.

Der Staatssekretär v. D. Helferich legt seinen Feldzug gegen Erzberger fort. Er hat jetzt ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er seinen Widersacher als „eine Gefahr für die Reinlichkeit unseres öffentlichen Lebens“ bezeichnet und ihm „insbesondere Vermischung politisch-parlamentarischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen“ vorwirft. Helferich wiederholt, daß er nichts anderes wüßte, als vor das Strafgericht gezogen zu werden, um seine Behauptungen unter Beweis stellen zu können.

Ein solcher Wunsch kann u. U. unmöglich ohne Erfüllung bleiben. Allerdings wird man die Verdon von der Sache trennen und dafür sorgen müssen, daß die notwendige Steuererhebung des Reiches durch diese persönliche Angelegenheit in keiner Weise gestört wird. Man kann es der Opposition nicht gestatten, daß sie durch rechtzeitige Erhebung persönlicher Angriffe auf einen Finanzminister zugleich mit ihm auch die ihr verhassten in den Besitz tief eingetragener Steuern zu Fall bringt. Auf der andern Seite geht es aber in keiner Weise an, daß ein Minister derartige Vorwürfe auf sich sitzen läßt.

Dah übrigens im Kampf gegen Erzberger das von Helferich in den Vordergrund geschobene „Reinlichkeitsbedürfnis“ die kleinste Rolle spielt, zeigt eine Versammlung der Deutschen Volkspartei von gestern abend, in der die politische Lobhude Organe feierte. Die Redner griffen Erzberger wegen seiner Kriegs- und Steuerpolitik an und wurden dabei von ihrem ostdeutschen Chorus mit Zwischenrufen unterstützt, wie: „Schieber!“, „Lump!“, „Landverräter!“ „An die Laterne mit ihm!“ In dieser Atmosphäre gedeiht nicht die reine Gerechtigkeit, man wird daher durchaus nicht geneigt sein, das, was jetzt gegen Erzberger behauptet wird, ohne weiteres als bare Münze zu nehmen. Leidenschaftlose Aufklärung tut not!

Systematischer Nihilismus.

Spartalistische Vorbereitungen.

Aus einer parlamentarischen Korrespondenz aus Weimar geht hervor, daß sich die Regierungsfreie mit den jetzt wieder verstärkten in allen Berufsklassen und Wirtschaftskreisen bemerkbar werdenden spartalistischen Wählerkreisen beschäftigt. Es handelt sich um Vorbereitungen nicht allein von Streiks, sondern auch von verbrecherischen Unternehmungen gegen die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes und die Sicherheit für Leben und Eigentum. Wir haben aus dem Mord an dem Guldinspektator Biau und aus den Bestialitäten, unter denen Regierungssoldaten in Chemnitz ermordet wurden, offene Angriffe für die Unmöglichkeit der linksradikalen Vorbereitungen zu ersehen. Spartalismus und Kommunismus werden nur noch von einem kleinen Kreis der dabei Beteiligten als geistige Bewegungen aufgefaßt. Im allgemeinen ist der Kommunismus unserer Zeit nichts anderes als Nihilismus. Es handelt sich nicht mehr um eine legale politische Strömung, sondern um die Organisation des politischen Verbrechens gegen das Gesamtvolk wie gegen einzelne.

Dieser schweren Entartung gegenüber, die zu einer Lebensbedrohung des deutschen Volkes wird, müssen alle erforderlichen Maßnahmen raschestens getroffen werden.

Berichtigung. Herr Bürgermeister Hagen aus Rathenow sendet uns folgende Berichtigung zu: „Die in Nr. 403 Ihrer Zeitung vom 8. d. M. Abendausgabe, mit der Ueberschrift „Ein Bürgermeister als Lebensmittelschieber“ enthaltene Mitteilung daß mir bei meiner Abreise aus Rathenow auf dem Hauptbahnhof eine Menge rotonomierter Lebensmittel, darunter 2 Zentner frisches Fleisch, beschlagnahmt ist, ist vollständig unwar. Weder bei meiner Abreise noch sonst jemals in meinem Leben sind mir Lebensmittel beschlagnahmt.“ Wir entnehmen dem Wunsch des Eintreffenden um so trauriger, als uns auch von Rathenower Parteigenossen das Unwahre der uns zugegangenen Notiz bestätigt wird. Die Verbreitung der falschen Nachricht dürfte von reaktionärer, Herrn Hagen wegen seiner Gesinnung nicht grünen Seite ausgegangen sein.

Rheinische Besatzungstruppen. „Neuere Rottendamsche Courant“ meldet aus Brüssel, daß Belgien als Besatzungstruppen zwei Divisionen, eine Kavalleriebrigade und schwere Artillerie in den Rheinlanden belassen wird.

In Gießen hat sich unter dem Vorsitz des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. Sommer im Dezember 1917 eine Gesellschaft zur Errichtung eines Erfindungsinstituts gebildet. Freiwilige haben hierfür und leider trotz der verschiedenen Katastrophe in Zeitungen in genügender Menge nicht eingegangen. Eingaben an die Reichsregierung und Nationalversammlung, die Mittel für die gute Sache zur Verfügung zu stellen, wurden nicht beachtet.

Es scheint demnach die Auffassung zu bestehen, als wenn das deutsche Volk ein solches Institut nicht braucht oder daß man den Gedanken an die Errichtung des Instituts und Bewilligung der Spende hinteran stellen könnte.

Hiergegen muß entschieden Einspruch erhoben werden. Gerade weil Deutschland den Krieg verloren hat und wirtschaftlich so gut wie ruiniert ist, muß mit verdoppelter Schärfe die Errichtung eines Erfindungsinstituts gebordert werden, damit alle Erfindungen im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse des baldigen Wiederaufbaus des deutschen Volkes verwertet werden können.

Deutschland muß entschieden in der sozialen Politik allen Ländern vorausgehen und ihnen immer wieder zeigen, daß es gewillt ist, auf dem Wege des Fortschritts und der Kultur nicht rückwärts, sondern führend vorwärts zu gehen.

Das Erfindungsinstitut soll alle Erfindungen erfassen, prüfen und verwenden; es soll vor allen Dingen diejenigen Ideen und Erfindungen von solchen Erfindern weiter entwickeln, die infolge ihrer berufsmäßigen Gebundenheit und infolge des Mangels an Mitteln nicht in der Lage sind, es selbst zu tun.

Die maßgebenden Stellen sollten sich daher beeilen, baldigst die Mittel zur Errichtung des Instituts bereitzustellen.

Notizen.

— Bühnencronik. Dr. Franz Ludwig Hoerth, Oberregisseur am Stuttgarter Landestheater, hat einen Ruf an die Berliner Staatsoper erhalten.

— Die deutsche Architektenkammer hat die erste Bezirksversammlung am 28. August im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3.

— Der Wiederaufbau der Pariser Mode. Die der „Konfektionär“ erklärt, war der Mitinhaber einer sehr großen Pariser Kommissionsfirma in Berlin, um mit den Kunden, mit denen seine Firma bis Ausbruch des Krieges in regelmäßigem Geschäftsverkehr gestanden hatte, Fühlung zu nehmen und zu erfahren, ob diese zu einer Wiederaufnahme der alten Beziehungen geneigt wären, wenn die Möglichkeit erst vorhanden ist. Diese Pariser Firma vertritt, daß sie zu sorgen, wenn die gleichmäßige Einfuhr von Modellen und Modewaren nach Deutschland und den deutschen Kaufleuten die Einreise nach Paris gestattet sein wird, daß die französischen Modellschöpfer ihre Modelle den deutschen Einflußern, welche in Beauftragung angesehener Pariser Kommissionäre kommen, vorzeigen. Wie das Hochblatt weiter feststellt, besteht bei Berliner Großhändlern und Modellschöpfern starkes Interesse für die Wiederaufnahme dieser Beziehungen.

— Also die Mode will ihre höherwertige Tätigkeit wieder aufnehmen — bei gutem Gewinn, versteht sich. Wo bleibt aber nun die während des Krieges pomphaft angekündigte „deutsche Mode“?

Spiegelwirtschaft.

Aus dem Bezirksverband der S. P. D. Groß-Berlin wird uns mitgeteilt:

Das Abendblatt der „Freiheit“ vom 19. August läßt endlich den Gewährsmann erkennen, dem sie ihre angeblichen Enthaltungen einer sozialdemokratischen Spiegelwirtschaft verdankt. Wir stellen nun fest:

Die Bureau des Secretariats der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D. sind seit dem 1. April dieses Jahres probiert in drei Stodwerken des Hauses Velleuestr. 7 untergebracht, in einem dieser Stodwerke befindet sich auch das Bureau des „Central-Ausschusses für soziale Aufklärung“. Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit der Zusammenstellung des gesamten Materials an Flugblättern und Broschüren aller Parteien sowie anderen für die politische Aufklärung nötigen literarischen und sonstigen Unternehmungen. Eine Spiegelwirtschaft irgend welcher Art besteht nicht, weder bei uns noch in dem erwähnten Bureau.

Dagegen sind wir, sowohl wie das benachbarte Bureau auf das gemeinste bespitzelt und bescholten worden wie nachstehende Zeilen beweisen:

Der „junge Mann“, von dem die „Freiheit“ schreibt, daß er angeblich im Juni beauftragt wurde, die Namen kommunistischer Führer auszuforschen, hätte ja offene Türen einrennen müssen, denn die erwähnten Führer hatten sich nicht verborgen, sondern betätigen sich, wie bekannt, so laut und öffentlich, daß man sie wahrhaftig nicht auszuforschen braucht.

Der junge Mann, der bei uns auf seine bringende Bitte mit untergeordneten Arbeiten, wie Paletopfen, Botengängen usw., beschäftigt wurde, wird wohl in seiner Verlogenheit und Gelbnot auch die „Freiheit“-Redaktion hineingelegt haben.

Uns hat er, neben seinem Vorwurf, diverse gestohlene Stempel und ein Verzeichnis der Groß-Berliner Funktionäre geliefert.

Rita 600 M. Abonnementsgelder für die neue Reinhardt-Bühne, die er beauftragt war, von den Angestellten einzufassieren, hat er, der Gewährsmann der „Freiheit“, ebenfalls mitgeben lassen.

Nach dieser letzten Tat verschwand er, und schrieb uns einen wehleidigen Brief, worin er seine Taten bitter bereute und mit Selbstmordplänen spielte. Auf Bitten seiner Eltern sahen wir von einer gerichtlichen Verfolgung ab.

Was er auf der Redaktion der „Freiheit“ weiter geschwindelt haben mag, entzieht sich unserer Kenntnis. Das werden wir wohl erst erfahren, wenn die „Freiheit“ weiter „enthüllt“.

Zur Kohlennot in der Landwirtschaft.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:

Die völlig unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Kohlen gefährdet die Volksernährung in ernstem Maße. Feldbestellung und Getreidetransport werden durch Stilllegen der Dampfzüge und Drechsmaschinen verzögert und zum Teil unzulässig gemacht; größere Mengen Getreide aus der vorjährigen Ernte sind jetzt noch nicht gedroschen. Die Zuführung elektrischer Kraft als Triebmittel für Pflüge und Drechsmaschinen wird ebenfalls durch Kohlenmangel unterbrochen. Dieser beeinflusst auch in nachteiligster Weise die Erzeugung künstlichen Düngers in den chemischen Fabriken, die für Acker und Bauen nötige Kalkproduktion sowie die Herstellung und Ausbesserung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Landwirtschaftliche Nebenbetriebe, wie Brennereien, Molkereien, Trocknungsanlagen usw., sind durch den Kohlenmangel zu Betriebsbeschränkungen oder -einstellungen gezwungen. Die Zuckerrüben können ohne Kohlen nur einen geringen Teil der Mähernte verarbeiten.

Das Landwirtschaftsministerium erhält täglich aus den verschiedenen Gegenden Zuschriften, die die Kohlennot der Landwirtschaft und ihre unaussprechlichen Folgen schildern, es tritt mit Unterstützung des Reichsernährungsministeriums und des Landesgetreideamtes unaufgefordert und dringend bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung für eine ausreichende Belieferung der Landwirtschaft ein; wirksam wird der Not und ihren drohenden Folgen für Volksernährung und Gemeinwohl aber nur durch Steigerung der Kohlenförderung gesteuert werden können.

Die Räumung der Ostgebiete.

Die deutsche Regierung hat an die Entente folgende Note gerichtet:

Die Räumung Litauens südlich des Njemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Wilkowskij begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 2. September beendet sein.

Die Räumung des Gebietes der Brigade Grodno wird am 26. August, die Räumung bis Wirballen am 4. September beendet sein. Die Stadt Wirballen wird am 5. September geräumt.

Die Räumung Lettlands, Kurlands und Nord-Litauens wird sich derzeit vollziehen, daß nach Beendigung des Abtransportes der Brigade Schaulen und der Truppen des Gouvernements Libau am 20. August der Abtransport der Reste des 6. Inf.-Korps aus der Gegend Riga und Wausl nach Deutschland beginnt. Die Dauer dieses Abtransportes ist auf etwa 25 Tage berechnet. Die Bewegungen der zum Schutze des Abtransportes ausgeschiedenen Nachhut bei Preckuln, Riga, Wausl, Schaulen und Libowian werden weitere drei Wochen in Anspruch nehmen.

Die Millionenjagd im Flugzeug. Polizeipräsident Ernst ist in Begleitung des Regierungsrats Weiz nach Weimar gereist, um dort über einen neuen Fall eines geheimnisvollen Millionen-schmuggels Bericht zu erstatten. Mit Hilfe von Agentinnen hatte man herausgefunden, daß ein Betrag von 10 Millionen Mark, der einer früher sehr hochstehenden Persönlichkeit gehören soll, nach der Schweiz verschoben werden sollte. Eine mehrköpfige Bande war mit der Ausführung des Schmuggels beauftragt, sie wurde aber durch ein aus drei Flugzeugen bestehendes Geschwader in Nürnberg eingeholt und festgenommen. — Die vom Prinzen von Wied nach Schweden verschobenen Schätze haben nach Feststellung von Sachverständigen einen Wert von 30 Millionen Mark. Was zu Beginn des Krieges krankhafte Phantasie von Goldbauten erweckte, wird jetzt durch die Wirklichkeit weit in Schatten gestellt, nur sind es nicht „feindliche Espione“, sondern „Edelsteine und Perlen“ von vorragender, die ihr Vermögen vor den Folgen der Niederlage zum Schaden des eigenen Landes zu retten suchen.

Der ententistische Staatenbaukasten. Die Korrespondenz Hoffmann meldet am 14. August: Nach Pressemitteilungen beipricht der Pariser „Le Temps“ angebliche Pläne für die Schaffung eines großen katholischen Staates in Mitteleuropa. Man will hierbei auch auf die besondere Hilfe Bayerns rechnen, das sich vom Deutschen Reich gegebenenfalls lösen werde. Es erübrigt sich, gegenüber derartigen lächerlichen Sensationsmeldungen festzustellen, daß alle etwaigen Versuche der Entente, Bayern zum Treuebund gegen das Reich zu bewegen, von vornherein und für immer aussichtslos sind.

Nationalversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

Am 4. Uhr 20 Min. wird die Sitzung fortgesetzt.

Am Regierungstisch: Dr. Dabid, Dr. Dell. Es folgt die dritte Beratung des Tabaksteuergesetzes. In der Einzelberatung bemerken zu § 1 die Deutschnationalen, daß sie schwere Bedenken gegen wesentliche Bestimmungen des Entwurfs hätten. Änderungsanträge hätten aber auch in dritter Lesung keine Aussicht auf Annahme, weshalb sie auf ihre Weibereinstimmung verzichteten und ihren Fraktionsangehörigen die Stimmabgabe überließen.

§ 1 wird angenommen. Ebenso mit einer Reihe unerheblicher Änderungsanträge der Rest des Gesetzes und schließlich in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen eines Teils der Deutschnationalen und der Unabhängigen Sozialdemokraten das ganze Gesetz.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl im 7. Wahlkreis und Nachberufungen im 36. und 88. Wahlkreis werden dem Ausschussantrag entsprechend für ungültig erklärt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Frage der Summiwirtschaft. Dem Vorschlag des Ausschusses, die Regierung zu eruchen:

„Den Abbau der Zwangsirtschaft für Gummi alsbald in die Wege zu leiten, die Einfuhr von Rohgummi und Halbfabrikaten freizugeben, die Beschlagnahme des Rohgummis aufzuheben“, tritt das Haus ohne Erörterung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Beratung der Frage der Lederbewirtschaftung. Der Ausschuss schlägt eine längere Entscheidung vor, die im wesentlichen bestimmt:

Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben,

desgleichen die Ausfuhr von Leder, Schuhen und Lederwaren; die Zwangsbeziehungung für Leder, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben; die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Leder usw. sind öffentlich zu verkaufen, der daraus erzielte Gewinn ist zur billigeren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhen zu verwenden; die an der Lederzwangsirtschaft beteiligten Wirtschaftskreise haben 60 Proz. ihres Konjunktur-gewinns zur Verbilligung des Schuhzeugs der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

Das Haus tritt ohne Erörterung dieser Entscheidung bei.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Verordnung betr. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh.

Die Vorschläge des Ausschusses werden ohne Erörterung genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs der Reichsabgabenordnung (Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung).

Verichterstatter Abg. Durlage (Zentr.) stellt fest, daß auch im Ausschuss die Auffassung, daß die Erhebung der Steuern von den Landesbehörden vorzunehmen sei, vertreten wurde. Der Ausschuss habe aber mit großer Mehrheit anders entschieden.

Abg. Dr. Brann-Franken (Soz.):

In der vorliegenden Frage wurden partikuläre Interessen gegen die in der Nationalversammlung herrschende Auffassung ausgespielt. In diesem Streit wird aber das Reich obliegen. Letzteres denkt gar nicht daran, die Länder oder Gemeinden verkleinern zu lassen. Die Landesregierungen sollen der Nationalversammlung Vertrauen entgegenbringen. Wir wissen, was unsere Pflicht ist, und werden sie erfüllen.

Dr. Veder-Hessen (D. Vp.):

Sozial läßt sich nicht betreiben, die Einzelstaaten verlieren tatsächlich dadurch die Grundlage ihrer Existenz und leben nur, soweit ihnen das Reich entsprechende Zuswendungen überläßt. Damit geht auch ein Teil der

Souveränität der Einzelstaaten

verloren. Manche, auch ich z. B. stellen es für zweckmäßig, die Verwaltung der direkten Steuern den Einzelstaaten zu lassen. Ich möchte sogar glauben, auch die Reichsverwaltung hätte damals die gleiche Auffassung. Die Regierung hat beauptet, die Steuer-verwaltung habe im Reich nicht gleichmäßig funktioniert, namentlich in Preußen sei zu wünschen übrig geblieben, wie nicht bestritten werde. Werden nun Reichsbehörden gründlichere und gleichmäßigere Arbeit leisten? Ein Verweis würde nicht erbracht und kann nicht erbracht werden, das kann nur die Zukunft. Bieleicht wird, was den Ländern im Kleinen nicht gelungen ist, dem Reich in einem so viel größeren Maße nicht gelingen. Ich glaube es sogar. Man muß zu der Auffassung kommen, die Einzelstaaten werden mediatisiert — aus politischen Gründen! Das soll man aber ehrlich zugeben und die wirklichen Gründe anführen. Es kann leicht sein, daß die Neuordnung durch das Reich

keine Verbesserung

bedeutet, sondern eine Verschlechterung. Für Preußen ist es zweifelhaft, für Süddeutschland möchte ich es sicher behaupten. Selbstverständlich setzt sich für die Reichsorganisation nur die Reichsfinanzverwaltung ein, während die Sachverständigen der Einzelstaaten für die bisherigen Landesorganisationen eintreten. (Hört, hört!) recht. Das geschieht nicht zur Aufrechterhaltung der Souveränität, sondern aus sachlichen Gründen. Für die Ueber-gangszeit empfiehlt sich die reifliche Uebernahme der Beamten der Einzelstaaten, weil sie über eine vorzügliche Praxis verfügen, in die Reichsverwaltung. Man braucht diese Beamten und muß ihnen im Reichsdienst gleichwertige Zustandsbedingungen schaffen wie bisher im Landesdienst. Für die süddeutschen Staaten empfiehlt sich die geschlossene Uebernahme der bestehenden Organisationen in die Landesfinanzämter. Zur Ausbildung der Beamten reichen, wie sich die Reichsfinanzverwaltung einzubilden scheint, kurze theoretische Ausbildungskurse nicht aus. (Zustimmung.) Sachlich sind die Einzelstaaten noch heute Gegner der Vorlage. Rechner greift weiter einzelne Paragraphen der Vorlage an und schließt: Schwere wiegende sachliche Gründe sprechen gegen die neue Organisation. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch links.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Redner hat einen wunderbaren Kampf gegen Windmühlen ausgefochten. Alle seine Hauptgründe gegen unsere Vorschläge sind heftig. Kein einziges neues Argument ist vorgebracht worden. Durch die Reichsabgabenordnung wird die Reichsfinanzverwaltung nicht geändert, sondern einfach ihr Artikel 14 ausgeführt. Gemäß hat die Reichsregierung seit dem vorigen November ihre Auffassung geändert, aber zwischen November und August liegen neun Monate Entwicklung der deutschen Nation, und die Regierung ist nicht so petrefakt, um sich nicht neuen Verhältnissen anpassen zu können. Doch die Regierung nicht beweisen hat, daß die von ihr vorgeschlagene neue Organisation besser ist als die frühere, trifft zu, denn das kann man nicht beweisen. Wohl aber haben immer die Reaktionen aller Zeiten und aller Länder mit dem

„immer langsam voran!“

operiert. Der Standpunkt, daß die Einzelstaaten leichter das geeignete Beamtenmaterial finden würden, ist doch überwunden. Wie beim Generalkonferenzprinzip, das sich als das Richtige bewährt hat, werden auch für die Steuerverwaltung die besten Kräfte aus ganz Deutschland heraus- und zusammengeholt werden. Gemäß wird mit der Vorlage ein großer Schritt zum Einheitsstaat getan, aber nicht aus politischen, sondern aus tatsächlichen Gründen. Die ungeheure Verschlebung der steuerlichen Verhältnisse in Deutschland zwischen Reich und Einzelstaaten ist ein durchschlagender sachlicher Grund für die Neuorganisation. Durch diese neue Reichsorganisation kann in den Einzelstaaten gar nichts in Unordnung kommen. Der größte

Teil der Einzelstaaten geht mit der Reichsorganisation völlig einig; mit Preußen werden die Verhandlungen alsbald nach der Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin aufgenommen werden.

Die vier süddeutschen Staaten und Sachsen werden schon in nächster Zeit die Landesfinanzämter einrichten, auch die Personen sind schon designiert. Bei den Verhandlungen haben unsere Wünsche durchweg das größte Entgegenkommen gefunden. Gerade die Schilderungen der sächsischen Kleinrenten sind ein mächtiger Anstoß zum Abschluß der neuen Organisation gewesen.

Die Gliedstaaten

sind nicht „umgefallen“, sondern sie haben mit drei Ausnahmen sich nach sehr eingehender und gewissenhafter Prüfung auf unseren Standpunkt gestellt. Die ganze deutsche Industrie hat seinen sehr-lichen Wunsch als eine reichsweite Steuerreform. Für die guten Ratschläge des Redners wegen der Auswahl guter Beamten bin ich dankbar, aber sie kommen zu spät. Es handelt sich jetzt um ein Uebergangsstadium, dazu sind Praktiker in weitem Umfange herangezogen; Professoren und Nationalökonomien brauchen wir zur Mitarbeit für die Ausarbeitung von Richtlinien. Es handelt sich also um ganz getrennte Arbeitsgebiete. Den Paragraphen 451 habe ich nicht preisgegeben, auch brauchte der preußische Finanzminister nicht herbeitelegraphiert zu werden, er wäre ohnehin zu einer Konferenz hierhergekommen; er hat auch nicht im Ausschuss gegen mich polemisiert. Nie und nimmer habe ich gesagt, daß die Kleinrenten und die Gemeinden 25 Proz. der Einkommensteuer erhalten sollten, sondern ich habe gesagt: Von dem Gesamtbedarf von 25 Milliarden entfallen 75 Proz. auf das Reich, 10 Proz. auf die Länder, 15 Proz. auf die Gemeinden. Einen Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer habe ich nie genannt, weil er noch gar nicht feststeht. Wie soll denn die Reichseinkommensteuer 24 Milliarden erbringen? Das wäre ja schon der Gesamtbedarf! Den Gesamtbedarf für die Länder und Gemeinden habe ich wiederholt auf 6,2 Milliarden angegeben. Das Reich hat doch nicht bloß für sich allein zu sorgen, sondern es muß sich auch um die Finanzen der Länder und Gemeinden kümmern. Gerade weil die Organisation vorweggenommen werden mußte, hat § 451 in dem Gesetz eine Stelle gefunden. Ein Landesbesteuerungsgesetz wird den Anteil der Länder und Gemeinden an den reichsweiten Steuern regeln; es wird bestimmen, welche Steuern den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben, es wird weiter einen Lastenausgleich und schließlich die Beschaffung von Ausgleichsfonds enthalten müssen. Mit diesem Landesbesteuerungsgesetz wird alles erfüllt werden, was im § 451 enthalten ist. Bis dahin nehmen Sie den § 451 an; er ändert nichts, bietet aber den Ländern eine Garantie.

Abg. Dr. Mund (Dem.):

Meine politischen Freunde stellen sich vorbehaltlos auf dem Boden der Vorlage, durch die in viel entscheidender Weise als durch irgendein anderes Gesetz der Grundstein zu einem Gebäude für ein einiges und einheitliches Deutsches Reich gelegt wird. Der Reichsfinanzminister hat vollkommen recht, wenn er zur Begründung seines Gesetzes ausführt, daß, solange den Ländern noch

wichtige Kulturaufgaben

überlassen seien, auch dafür gesorgt werden muß, daß sie finanziell dazu in die Lage gesetzt werden. Aber ich halte es für ein Armutsgewinn gegen uns selber, wenn wir deswegen eine beratliche Zustimmung in das Gesetz hineinbringen und uns damit für eine spätere endgültige organische und vernünftige Regelung in gewissem Sinne die Hände binden. (Beifall bei den Demokraten.)

Preussischer Geheimrat Schwarz:

Namens der preussischen Regierung bitte ich Sie, dem Antrag Gerold entsprechend die Zustimmung wiederherzustellen, monach eine Aenderung des § 46 nur auf dem Wege der Verfassung vorgenommen werden kann. Die preussische Finanzverwaltung befürchtet im Einklang mit der preussischen Landesversammlung von der Einführung einer Reichseinkommensteuer für die

getreiliche Fortentwicklung der preussischen Staatsfinanzen unerträgliche und verhängnisvolle Folgen, wenn Preußen nicht durch die Vorschrift des § 46 und insbesondere durch eine verfassungsmäßige Beibehaltung derselben die Sicherheit erhalte, sein eigenes finanzielles Leben aufrechtzuerhalten und seine kulturellen Aufgaben weiter erfüllen zu können.

Abg. Dr. Wirth (Str.):

Im Gegensatz zu der eben gehörten Erklärung Preußens bringen wir dem Gesetz kein Mißtrauen entgegen und betrachten es andererseits auch nicht als Trinkgeld. Preußen hat ja sogar erklärt, es werde sich unter Umständen im Interesse seiner Gemeinden genötigt sehen, aus politischen Gründen von der Verfassungsbestimmung Gebrauch zu machen und gegen etwaige Beschlüsse der Nationalversammlung in dieser Richtung Einspruch zu erheben. (Hört! hört! Bewegung.) In Süddeutschland denkt man anders; in Süddeutschland wird man für die Reichsteuergesetze kein Verständnis haben, wenn sie auf Grund der ausbezeichneten Veranlagung des Südens größere Opfer zu bringen hätten als der Norden.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.):

Die Annahme des Gesetzes ist uns nur möglich, wenn zu dem § 451 bzw. § 46, der auch eine Verfassungsänderung bedeutet, der Antrag Gerold angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Barm (U. Soz.):

Das Gesetz muß jetzt verabschiedet werden, die Behördenorganisation muß ab 1. Oktober ins Leben treten können. Da sollen uns keine partikularistische Quisquilien nicht hindern, das Gesetz mit dem uns von Preußen aufgezungenen Diktatfrieden zu verabschieden. Wir werden deshalb für den Antrag Gerold stimmen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdiskussion wird der Antrag Mund auf Erziehung der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz abgelehnt. Ferner werden rebellische Aenderungen angenommen.

Zu § 46 (Vorlage § 451) liegt außer dem Antrage Mund auf Streichung des ganzen Paragraphen der Antrag Gerold vor, den vom Ausschuss gestrichenen Schlusssatz der Vorlage wiederherzustellen und demgemäß als vierten Satz hinzuzufügen: „Eine Aenderung dieser Vorschriften kann nur unter den Voraussetzungen erfolgen, die nach der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen vorgesehen sind.“

Abg. Gerold (Zentr.) empfiehlt seinen Antrag. Abg. Dr. Mund macht nochmals auf die weittragenden Konsequenzen aufmerksam, die die Annahme des § 46 für das Reich haben würde.

Abg. Neil (Soz.):

Nach unserer Auffassung ist § 46 hier nicht an seinem Platz; er gehört überhaupt nicht in das Gesetz. Aber die Nachposition der Einzelstaaten bei der in wenigen Monaten doch notwendig werdenden Neugestaltung wird ganz die gleiche sein, ob die Sicherung nach dem Antrage Gerold in dem Gesetze steht oder nicht. Wir haben die Verfassungsklausel abgelehnt, weil wir dem Gegenstand nicht noch eine besondere Ehre erweisen wollten. Aber angesichts der Hartnäckigkeit der Regierung und angesichts der Gefahr, daß das ganze bedeutsame Reformwerk scheitern könnte, sind wir bereit, nach dem Antrage Gerold diese Bestimmung aufzunehmen. Im Herbst werden die sachlichen Gründe so überwiegend sein, daß alle Verfassungsklauseln und aller Eigensinn dadurch gebrochen werden.

In der Abstimmung gelangt der Antrag Gerold und mit diesem § 46 zur Annahme.

Das Haus nimmt darauf auch sofort noch die dritte Lesung der Vorlage vor. Ohne weitere Erörterung wird hierauf das Gesetz in der Einzelberatung und schließlich im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Nationalversammlung.

82. Sitzung vom Dienstag, den 19. August, vorm. 10 Uhr.

Am Regierungstische: Müller, Kossel, Schmidt, Dr. Vogl.

Präsident Hechenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Min. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Auf eine Anfrage betr. die bittere Notlage der aus Elsass-Lothringen vertriebenen Deutschen erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Fürsorge für diese Vertriebenen, deren Notlage der Regierung bekannt ist, dem Roten Kreuz übertragen sei. Auch Erwerbslosenunterstützung werde gewährt.

Abg. v. Gräfe (Dnat.)

kommt auf die gemeinsame Erklärung der Herren Dr. Michaelis, von Hindenburg, Lubendorff und Dr. Helfferich betreffend die politischen, in der Nationalversammlung am 25. Juli und folgenden Tagen behandelten Vorgänge zurück und fragt, ob die Regierung bereit ist, das Aktenmaterial zur Kenntnis der Nationalversammlung zu bringen, welches dieser von der amtlichen Beiläufigkeit des früheren Staatssekretärs Dr. v. Kühnmann Kenntnis gibt.

Ein Regierungsvertreter beantwortet die Anfrage dahin, daß das Material zusammengestellt und demnächst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird.

Ergänzend fragt Abg. v. Gräfe (Dnat.), ob nicht wenigstens dasjenige Material, welches Erklärungen des Herrn von Kühnmann nach seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt enthält, der Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht werden wird.

Der Regierungsvertreter antwortet, er habe bereits ausgeführt, daß das Material im Reichsministerium des Auswärtigen zusammengestellt, geprüft und demnächst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden wird. (Aurufe von rechts: Das ist keine Antwort!)

Eine weitere Anfrage nimmt auf die Tatsache Bezug, daß infolge des jetzigen niedrigen Standes unserer Valuta wertvolle alte deutsche Kunstschätze woggenweise ins Ausland abwandern. Vom Regierungstisch wird erklärt, daß gesetzliche Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Abg. Dr. Mittelmann wiederholt seine Anfrage vom 11. Juli betreffend

das Verhalten französischer Soldaten

in Berlin im Juli, die die Menge durch verächtliches Geklächel und Verhöhnungen gereizt und schließlich laut gerufen haben: Wir sind die Sieger, Ihr seid Schweine!

Abg. Rat Fehr, v. Welfer: Die französischen Soldaten sind nicht in Schutzhaft genommen worden, sondern sie sind von der Polizei, um sie vor der erregten Menge zu schützen, zur Polizeiwache geführt, dort über ihre Personalien vernommen und dann durch Kameraden zur französischen Botschaft gebracht worden. Die zur Botschaft gehörigen Personen seien extrajudicial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung kann leider nicht Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr solcher unliebamen Vorgänge zu vermeiden.

Abg. Dr. Mittelmann (zur Ergänzung): Ist die Regierung bereit, von der französischen Regierung die Befreiung solcher Freiwiliger zu verlangen, (Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Rat Fehr, v. Welfer: Ich glaube, wer gegenwärtig die politischen Verhältnisse auch nur einigermaßen überblickt, weiß, daß wir leider nicht in der Lage sind,

so aufzutreten, wie es diesen Vorgängen gegenüber gebührt.

(Lärm und erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Entschuldigungen und Entschuldigungen an Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Minister des Auswärtigen Müller:

Die erste Vorlage will der Reichsregierung die reiflichen Grundlagen zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dadurch ermöglicht, soweit nicht freiwillige Abgabe erfolgt, Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages an die alliierten und assoziierten Mächte abzuliefern sind, für das Reich zu enteignen. Zu diesem Zweck wird ein

beschleunigtes Enteignungsverfahren

eingeführt. Die Enteignung soll der Reichsversammlung entsprechend gegen angemessene Entschädigung erfolgen. Der Inhalt des zwei-

ten Entwurfes ergibt sich aus der Ueberschrift und den an seine Spitze gestellten einzelnen Abschnitten (Sachverhältnisse, Leistungen, Schutzrechte usw.).

Beide Vorlagen werden debattelos dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über Postgebühren in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Postfachgesetzes und des Gesetzentwurfes betreffend Telegraphen und Fernsprechggebühren.

Die §§ 1-3 des Gesetzentwurfes über Postgebühren werden ohne Erörterungen angenommen.

§ 4 wird unter Ablehnung eines Antrages Rumm unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes sowie eine vom Ausschuß vorgeschlagene Entschädigung.

Auf Vorschlag des Präsidenten nimmt das Haus das Gesetz nach kurzer Debatte in dritter Lesung an.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Postfachgesetzes wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betreffend Telegraphen- und Fernsprechggebühren.

Hierauf schlägt der Präsident vor, die Sitzung abzubrechen.

Zu einer Erklärung nimmt das Wort Reichsminister Bauer und gibt die auf der ersten Seite abgedruckte Erklärung über Obereschleien ab.

Hierauf wird die Sitzung auf Nachmittags 4 Uhr vertagt. (Schluß im Hauptblatt.)

Groß-Berlin

Schlamperei in der Berliner Mehlversorgung. Tausende von Zentnern minderwertig.

Vom Angestelltenausschuß der Brotversorgung erhalten wir nachstehende Zuschrift an die sozialdemokratischen Fraktionen zur Veröffentlichung, der wir entnehmen:

Die Öffentlichkeit hatte in den letzten Tagen wieder Gelegenheit, sich mit der schlechten Beschaffenheit des seitens des Magistrats verausgabten Bodmehls zu beschäftigen. Die zutage getretenen Beschwerden sind für jeden Kundigen berechtigt gewesen. Das Mehl war „hart“ geworden, d. h. es war durch unsachgemäße Lagerung zusammengeballt. Die im Mehl vorhandene Stärke war gegoren, somit die Backfähigkeit außerordentlich stark beeinträchtigt und wichtige Ernährungsstoffe vernichtet. In diesem Zustand selbst sind nach den Auslagen Sachverständiger Zweifel nicht erhaben.

Es liegt aber im öffentlichen Interesse, festzustellen, auf welche Ursachen diese Zustände zurückzuführen? In den Monaten Mai-Juni sind größere Mehlbeständen in städtische Speisekellern resp. Lagerräume untergebracht worden. Teilweise traf auch bereits „hartes“ Mehl ein. Dieses durfte nicht weiter eingelagert werden, mußte vielmehr schnellstens dem Verbrauch zugeführt werden. Hier liegt das erste Versäumnis der in Frage kommenden Verwaltungsglieder. Der weitaus größte Teil ist jedoch erst infolge nicht sachgemäßer und zu langer Lagerung im Stande „erhärtet“.

Mehl muß des öfteren „bewegt“ werden. Das soll nun aber aus technischen Gründen nicht möglich gewesen sein. Ob hier tatsächlich alle Mittel erschöpft worden sind, dürfte noch genauer nachzuweisen sein. Nach dieser Art der Ansicht dürfte die Angelegenheit keineswegs in der gegebenen leichtfertigen Weise aus sich beruhen können. Es geht keineswegs an, daß unter den heutzutage schwierigen Ernährungsverhältnissen Tausende von Zentnern Mehl infolge zu geringen Verantwortlichkeitsgefühls in Frage kommender städtischer Beamter und Angestellter für die Volksernährung verloren gehen und teilweise als Viehfutter zur Verwendung kommt.

Nimmt man an, das „harte“ Mehl könne durch Vermahlen dem guten Mehl beigelegt werden, so ist der Erfolg immerhin ein zweifelhafter; denn derartige Mischungen sind in der Qualität geringere. Für die Beurteilung der Verantwortung dieser gesamten Vorkommnisse mögen nachstehende Ausführungen beleuchtend wirken:

In der Abteilung für Brotversorgung des Magistrats Berlin liegt die Verantwortung für die sachgemäße Lagerung der Berliner Mehlvorräte in den Händen eines Herrn Martin Lehn, dem noch etwa 8 bis 8 Mehlfachverständige für die einzelnen Speisekellern beigegeben sind. Für den Osthafen kommt ein Herr Herzog in Frage. Wegen dieser beiden ist hier zunächst der Vorwurf schwerster Pflichtverletzung zu erheben. Herr L. mußte die Vorgänge auf dem Osthafen kennen und versucht nun die Schuld auf die Hafenerwaltung abzumwälzen. Die Hafenerwaltung erklärt aber, daß die Schuld einzig und allein bei der Abteilung für Brotversorgung be-

deren Sachverständige liegt. Nach unserer Ueberzeugung ist die Sache nicht unklar. Die Zersplitterung in der Tätigkeit des Herrn L., indem derselbe gleichzeitig noch bei dem Magistrat Schönberg als Nahrungsmittelfachverständiger fungiert und die Nebengeschäfte einzelner der übrigen Sachverständigen mußten die Dinge so reifen lassen.

Soweit die Mitteilungen des Angestelltenausschusses.

Die gerügten Mängel werfen ein recht bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in der Groß-Berliner Brotversorgung. Nicht nur für die Stadt Berlin, sondern auch für die Vororte sind derartig große Mehlmengen gefaselt, daß kein Mensch weiß, wie das Mehl am schnellsten untergebracht werden kann.

Statt nun eine größere Brotmenge auszugeben, läßt man das Mehl lagern, bis es klumpig wird, um es dann als Viehfutter zu verkaufen. Wir haben schon wiederholt auf die Eigenfäulnis der Berliner Brotversorgung hingewiesen, die darin liegt, daß man trotz des Ueberflusses nach wie vor die Schrippenbäckerei verbietet. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, mit Energie diese skandalösen Zustände zu beseitigen.

Zum Uebri gen erlauben wir uns an den Reichsernährungsminister Schmidt die Frage zu richten: Warum wird auch in diesem Jahre die Prämie für Mehl bei solchem Mehlüberfluß? Zuschriften aus Landwirtschaftskreisen weisen auf das Unsinnsige dieser Maßnahme hin, die auch im neuen Jahr dazu führt, daß nicht ausgetrocknetes Mehl wieder in Verkehr kommt.

Nachmal die Schrippen-Hausbäckerei. Zu dieser von uns im Nr. 421 behandelten Angelegenheit äußert sich die Abteilung für Brotversorgung: Der Badlohn von 25 Pf. für die Herstellung von 10 Schrippen aus einem Bund Mehl ist unter Zustimmung des Haushaltsausschusses für das Bäckerei- und Konditorei-gewerbe Groß-Berlins festgesetzt worden. In dessen Sitzung war errechnet worden, daß bei schärfster Kalkulation sich ein Badlohn von nur etwa 20 Pf. ergeben würde. Dieser ist dann auf 25 Pf. abgerundet worden. Bereits vor Erlass der Verordnung haben Bäcker für diesen Badlohn 10 Schrippen hergestellt; sie müssen also doch dabei ihr Auskommen gefunden haben.

An dem Verbot des allgemeinen Schrippenbäckens ist bisher namentlich deshalb festgehalten worden, weil, wenn auch vollkommen ausreichend, Mehl zur Herstellung von Grobrot zur Verfügung steht, das zur Herstellung von Kleingebäck in größerem Umfang unentbehrliche Weizenmehl nach wie vor nur in verhältnismäßig geringem Prozentsatz geliefert wird.

Zur Sicherung der Milchversorgung.

Die Lage im Groß-Berliner Milchgewerbe, die durch das Miß-motum der Arbeitnehmer, der Angestellten und Arbeiter, noch verschärft worden ist, hat die Ernährungsab-hörden zu schleunigen Maßnahmen veranlaßt.

Gestern fand bei der Fettstelle Groß-Berlin eine Sitzung zwischen den Vertretern dieser Organisation und den Arbeitern und Angestellten der Berliner Milchbetriebe statt. Der Leiter der Fettstelle hat die Mitarbeiter, nicht unbefonnen vorgegeben, da ein Streik von unberechenbaren Folgen für die Groß-Berliner Bevölkerung sein würde. Er gab zu, daß die Forderungen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Angestellten auf eine Erhöhung ihrer Löhne berechtigt seien und versprach, daß die Fettstelle den Wünschen, soweit es sich nur irgend ermöglichen lasse, entgegenkommen werde. Da in absehbarer Zeit doch mit einer Kommunalisierung des Milchgewerbes gerechnet werden müsse, wolle man ein möglichst ruhiges Zusammenarbeiten erzielen. Die Arbeitnehmer begründeten daraufhin ihre Forderungen. Die Mitarbeiter empfanden es als eine Verhöhnung ihrer gerechten Ansprüche, daß man wochenlang sich gar nicht um den vorgeschlagenen Tarif gekümmert habe. Die Stimmung sei infolgedessen so gereizt, daß die Arbeiter am Donnerstag in allen Betrieben in den Ausstand treten würden, wenn man nicht zu einer Einigung gelange. Schließlich einigte man sich dahin, daß sofort ein Schlichtungsausschuß mit der Beratung der Lohnfragen beauftragt werden solle.

Die Reichsregierung und Milchpächter haben gestern ein Telegramm an den Reichspräsidenten und die National-versammlung abgeschickt, in welchem sie die Eingliederung der Zentralgenossenschaft für Milchwirtschaft in die Fettstelle Groß-Berlin, eine Erhöhung ihrer Zuschüsse und die sofortige Erledigung der Arbeiterforderungen beantragten, da sonst am Donnerstag der Streik im Milchgewerbe unabwendbar sei. Inzwischen hat auch die Staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin, die der Fettstelle Groß-Berlin übergeben ist, eingegriffen und die Berliner Betriebsleiter zu einer heute, Mittwoch, stattfindenden

Erleuchtung.

44] Roman von Henri Barbusse. Verdeutscht von Max Hochdorf.

Kubeou spähte nach allen Seiten aus. Er war der Stellvertreter des erschossenen Felwobels, und er wimmerte: „Wo ist seine Mütze? Er hat so sehr daran gebangen!“

Termites erwiderte: „Da, da, ich werde sie schon holen!“ Und der seltsame Mann machte sich daran, dieses Ueberbleibsel zurückzuholen. Auch er stieg auf die Grabenwand, aber als er sich bückte, war er ganz ruhig. Man sah, wie er am Boden herumstüßerte. Er war schwach, wie ein armenliches Kefflein, als er da lebendig auf der entsetzlichen Grabenkante kniete. Endlich legte er die Hand auf die Mütze und sprang in den Graben zurück. Aus seinen Augen, die von Bartbewuchs umrahmt waren, glomm ein Lächeln. Der Kupferhelm klapperte an seinem Sandgelenk, das von einer ganzen Vorstentsicht bedeckt war.

Man trug den Körper weg. Zwei Männer trugen ihn. Ein dritter folgte mit der Mütze. Einer von uns sagte: „Für den ist der Krieg zu Ende!“

Während der Tote rückwärts geschafft wurde, mußten wir wieder antreten und wir näherten uns weiter dem Unbekannten. Aber je weiter wir vorrückten, desto mehr schien alle Wirklichkeit von uns abzurücken, sogar die lebendigen Ereignisse.

Fünf Tage, sechs Tage irrten wir in den Linien herum. Wir fanden fast gar keinen Schlaf. Stundenlang, halbe Nächte lang, halbe Tage lang warteten wir, daß irgend ein Durchgangsweg frei würde, den wir gar nicht sahen. Immer wieder mußten wir eine Strecke zurück und ran vorn anfangen. Wir hielten Wacht in den einzelnen Gräben. Man richtete sich an irgendeinem düsteren und fahlen Winkel ein, der sich gegen die kohlige Dämmerung abspiegeln die Feuerlinie hin abzeichnete. Man war dazu verurteilt, immer nur die gleichen Schlünde zu sehen.

Zwei Nächte lang waren wir erdittert dabei, einen alten Schützengraben auszubessern, der in der dritten Linie lag. Und wir mußten die neuen Ablagen über den alten und zer-schmetterten einrichten. Man rüdte das Langgezogene und

ausgemergelte und düstere Skelet des Balkenbaus. Wir reinigten den ausgestreckten Abgangskanal, der voll von Uniformstücken, verfaulten Waffenteilen, zerstückten Kleiderstücken und Speiseresten war. Das sah aus, wie wenn irgend ein Wald oder ein Haus abgetragen werden sollte. Und alles das war schmutzig, schmutzüberladen, unter Schmutzschichten versteckt ins Unendliche. Wir schütteten zur Nacht, wir ver-steckten uns am Tage. Irgend ein Ausschimmern gab es für uns nur, wenn die schwere Nachtdämmerung herniederfiel. Denn dann zerrte man uns aus dem Schlafe heraus. Die ewige Nacht war allein über die Erde gebreitet.

Begann nach der Arbeitsmühsal das Tagesdämmern wiederum die Trübseligkeit der Nacht zu zerlegen, so gruben wir uns in Reich und Glied in die Kesselhöhlen ein. Zu uns drang nur ein verstorbenes Numoren, aber es schüttelte in den Steinen, da es auch im ganzen Erdreich schüttelte und zitterte. Stecke jemand seine Weife in Brand, so musterte man sich bei diesem schwachen Schein. Man lag mit Kopf und Bad, man mußte darauf gefaßt sein, von einem Augen-blick zum anderen weiterzumarschieren. Es war verboten, die schwere und klirrende Kette der Patronen abzulegen.

Neben mir sagte jemand: „Bei mir zu Haus, da gibt es richtige Felder und richtige Straßen und das Meer. Nirgend auf der Erde gibt es das noch.“

Aus dem Schatten der Erdhöhle, die den Erdhöhlen der Armenischen gleich war, wies die Hand hinaus, die das Bild der Felder und des Meeres belebte. Das sah ich. Und ich sah, wie diese Hand das Bild umschreiben und ergreifen wollte. Und ich sah weiter, wie vier Kartenspieler mit lautem Hallo dabei waren, irgend etwas Altes und ihnen wohl Vertrautes und Friedliches aus den Kartenbildern abzulesen. Ober Margate suchte die durch die Luft mit einer sozialistischen Zeitung, die aus der Tasche Termites gefallen war. Margate lachte laut auf, weil so viel weiße Flecken in dem Zeitungs-blatte standen. Und Majorat wütete gegen das Leben. Er umarmte inbrünstig seinen Trinkbecher. Und das schien ihn zu besänftigen, und die Tropfen träufelten von seinem Munde, das sei das einzige Mittel, um seinem Käfig zu entfliehen. Dann löste der Schlaf die Worte, die Bewegungen, die Gedanken. Ja stammelte irgendeinen Satz vor mich hin. Ich wollte irgendwelchen Sinn in die Worte hineindringen. Aber der Schlaf warf sich über mich. Es war ein Armenischschlaf.

So trübselig, so tief, daß es schien, als wenn hinnieden noch niemals ein derartiger Schlaf möglich gewesen wäre. Und über alledem schwebte ein Schatten unseres täglichen Luns, das immer wiederkehrt, um das Menschengebein mit Nachtschlaf zu verfallen.

Vorwärts marsch! Stückweise werden uns die Nächte entrissen. Die Körper, die von dem lieblosenden Gift des Schlafes und selbst von vertraulichen Bekanntschaften und aller-hand Gespensterei durchrieselt werden, müssen sich aufrufen und aufrütteln. Wir zerrn uns aus unserem Loch heraus. Wir schreiten aus der Dichtigkeit des unmenhlichen Atem-holens heraus. Wir steigen strahlend in den eisigen düst-losen Raum, in die Raumesgrenzenlosigkeit hinauf. Dieweilens wir nur eine winzige Ruhe genießen dürfen, die nur so kurz bemessen ist, und allein bestimmt durch das Hinundherfluten der Warichierenden aus allen Richtungen, werfen wir uns auf die Erdschollen nieder, um dort eine Stütze zu finden. Man umfaßt die Erde, denn, was uns zu umfassen noch übrig bleibt, das Erdreich allein ist es.

Dann packt uns wieder die Bewegung. Sie ist abgehaßt in regelmässigen Stößen durch den Schlag eines jeglichen Schrittes und durch das gequälte Atemholen. Die Bewegung gibt uns nicht mehr frei, sie nistet sich ein in unser Fleisch und Blut. In unseren Köpfen und zwischen unseren Zähnen furt es ständig aus der Bewegung heraus, ein leises Wort nur: „Vorwärts marsch! Vorwärts marsch!“ Aber dieses Wort ist kräftiger, es ist unendlicher, als all das Gedröhne der Granaten. Wir stehen im Zwang dieses Wortes und wir marschieren nach Osten, und wir strahlen nach Norden, tagelang, nachtelang. Dieses Wort verwandelt uns in eine Kette, die ewig dahintrauht mit ihrem stählernen Geräusch. Es waltet das mechanische Gehämmere der Plinthe, des Bajonets, der Patronen und des Mürs, das auf dem Schwarz der ganzen Plinthe wie ein glänzender Bolzen leuchtet. Räderwerk, Maschine, Verkettung, das jedes Glied in das andere greift. Wir sehen die Wirklichkeit der Dinge. Eine Lebenswirklichkeit reißt sich an der anderen, sie reißt sich auf an ihr, sie schmeißt sich zusammen an ihr. Wir mühen genau, daß wir irgendeinem Trauerspiel entgegen-marschieren, dessen Einzelheiten die Vorgesetzten schon kannten. Aber das Traurigste in diesem Spiel war besonders die Tat-sache, daß wir bis dahin geschleppt werden sollten.

(Fortf. folgt.)

Sigung geladen. Die Staatliche Verteilungsstelle hat in einem Schreiben an die Unternehmer ausdrücklich betont, daß sie bei einem Ausfall von Lieferungen in den Betrieben dann selbst diese Betriebe übernehmen werde. Die Rührberger betonen das als eine Drohung mit der sofortigen Sozialisierung und haben sich an den Oberbürgermeister Bernuth gewandt, damit zu der Sitzung auch die Zentral-Gemeinschaft hinzugezogen und der ganze Streit zwischen dem Rührbergwerk und der Zeitstelle Groß-Berlin zum Austrag gebracht wird.

Klagen über schlechte Kartoffeln hört man seit einiger Zeit überall. Die teuer bezahlten Kartoffeln sind größtenteils angefault, so daß sehr viele weggeworfen werden müssen. Da auch die minder schlechten nicht ungefälscht in den Kochtopf getan werden können, so entfällt ein weiterer Verlust. Eine Hausfrau stellte durch Wägen fest, wieviel Abfall sie bei ihren Kartoffeln hatte. Der Abfall eines einzigen Schalen betrug an einem Tage bei 4000 Gramm Kartoffeln 2500 Gramm, an einem anderen Tage bei 1750 Gramm Kartoffeln 1250 Gramm, an einem dritten Tage bei 1100 Gramm Kartoffeln 800 Gramm, an den drei Tagen zusammen bei 6850 Gramm Kartoffeln 4550 Gramm. Für den Kochtopf blieben also von den mit 274 R. (pro Pfund 30 Pf.) bezahlten 6850 Gramm Kartoffeln nur 2300 Gramm übrig, nur wenig über ein Drittel der Gesamtmenge. Dabei kauft diese Hausfrau ihre Kartoffeln in einem völlig einwandfreien Geschäft.

Die Mängel im Dienstbetrieb der Bezirkskommandos.

Zu den Klagen so vieler Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten über die Langsamkeit der Abfertigung in den Bezirkskommandos und ihren Versorgungsstellen sendet uns ein Bezirksfeldwebel vom Bezirkskommando I Berlin mit Willen und Willigung seiner Dienstbehörde eine Erwiderung. Die gewünschte „möglichst ungefälschte“ Veröffentlichung würde über eine Spalte unseres Blattes in Anspruch nehmen, wir beschränken uns daher auf wörtliche Wiedergabe der jählichen Teile seiner Ausführungen. Er schreibt:

Bei Beginn der Umwälzung im Reich bestand das Personal der Bezirkskommandos ungefähr zu einem Drittel aus aktiven Unteroffizieren, zu zwei Dritteln aus durchweg älteren, nicht selbstverwendungsfähigen, in der langen Kriegszeit gut eingearbeiteten Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlobenstandes und des Landsturms. Fast alle diese eingezogenen Arbeitskräfte verließen bei Beendigung des Krieges plötzlich die Kommandos, um ihren Zivilberuf wieder aufzunehmen. Ihr Erlass erfolgte durch Beschäftigungslose, mit dem Dienstbetrieb völlig unvertraute entlassene Soldaten, die durch das verbleibende aktive Personal angeleitet werden mußten. Von den aktiven Unteroffizieren hatte etwa ein Drittel die Berechtigung auf Zivilversorgung erworben. Wenn nun auch diese von ihrem Rechte auf Verurlaubung zur Vorbereitung auf die Zivilversorgung und Kommandierung zur Probendienstleistung bei anderen Behörden zur Erreichung einer Lebensstellung Gebrauch machen würden, müßte der Dienstbetrieb in einer Zeit, wo durch die schnelle Auflösung der Millionenheere und der Versorgung von Millionen Kriegsbefähigten Anforderungen an die Bezirkskommandos gestellt wurden, die diese nur bei besserer Personalbesetzung genügen konnten, unbedingt zum Erliegen kommen. . . .

Zunächst machten wohl fast alle zivilversorgungsberechtigten Bezirksfeldwebel von ihren erworbenen Rechten Gebrauch und verließen die Bezirkskommandos; ebenso schied ein sehr großer Teil der jüngeren Unteroffiziere aus dem Heeresdienste aus und fand Unterkommen in Privatbetrieben. So ist es gekommen, daß heute das Stammpersonal, also die durch ihre lange Dienstzeit mit den Bestimmungen vertrauten Arbeitskräfte, kaum noch ein Fünftel der Kopfstärke der Bezirkskommandos beträgt. . . . Schon vor Monaten traten Mängel in den Arbeiten der Bezirkskommandos ein. Die eingestellten Freiwilligen und auch die Militärgesellen, die doch die inneren Stellen nur als vorübergehende anzufragen haben, füllen die Dienststunden durch allerlei dienstliche und andere Tätigkeiten aus, haben aber zum größten Teil keinerlei Interesse daran, daß die bestehenden und von Tag zu Tag sich mehrenden Mängel erledigt werden. Den Bezirkskommandos ist als Handhabung zur Abhaltung der Leute zur erscheidenden Arbeit praktisch nur die Entlassung Nichtarbeitswilliger gegeben. Diese schädert aber die Soldaten wegen der geringen Befehlszahl nicht allzu sehr ein, bei den Militärgesellen ist die Entlassung nur bei nachgewiesener grober Pflichtverletzung und auch dann nur mit größeren Schwierigkeiten möglich. Die geringe Entlohnung der Militärgesellen war auch Grund mit zu dem kürzlich erlebten zehnjährigen Streit der inaktiven Soldaten bei den Berliner Versorgungsabteilungen, der ebenfalls zur Förderung der Arbeiten nicht beigetragen hat. Die wenigen, durchweg in leitenden Stellen vorhandenen aktiven Unteroffiziere, die zum Teil 10 bis 20 ungeliebte Hilfskräfte anzulernen und zu beaufsichtigen haben, sind nicht mehr in der Lage, den Dienstbetrieb wieder in geordnete Bahnen zu lenken. . . . Was nützen den Kriegsbefähigten bei diesen Verhältnissen alle Anordnungen der Regierung auf wirtschaftliche Vervollständigung, wenn die für die Erledigung zuständigen Bezirkskommandos nicht in der Lage sind, diese mit der wünschenswerten Schnelligkeit durchzuführen zu können? Die Geduld der zu verzögernden Kriegsbefähigten wird auch durch die Unzuständigkeit der Versorgungsorgane, die unzureichende Besetzung der Bezirkskommandos mit Kräfte und die verfehlenden Beurteilungen der Kräfte in den Versorgungsabteilungen und den Versorgungsämtern auf eine harte Probe gestellt. Eine völlige Reorganisation der Versorgungsorgane würde hierzu große Abhilfe schaffen können. Ordnung und Stabilität wird der Dienstbetrieb der Bezirkskommandos erst wieder erlangen, wenn die Personalverhältnisse völlig geklärt sind. Öffentlich erfolgt diese Klärung recht bald durch die nun bevorstehende Entmilitarisierung der Bezirkskommandos und des Militärversorgungsamtes, so daß der Grund zu den Beschwerden der Öffentlichkeit behoben wird. Zu bemerken ist noch, daß für den Bereich der Berliner Bezirkskommandos die Abfindung der entlassenen Mannschaften und zurückkehrenden Kriegsgefangenen mit Entlassungs- und sonstigen Gehaltsansprüchen durch die z. B. von der Intendantur des Gardekorps geordneten Entlassungsstellen erfolgt. Diese sind nur mit Zivilangestellten besetzt, befinden sich zwar in den Dienstgebäuden der Bezirkskommandos, jedoch hat das Bezirkskommando keinerlei Einwirkung auf den Geschäftsbetrieb derselben.

Diese Darstellung des Feldwebels wird im Auftrage des Bezirkskommandos von seinem Vorgesetzten in einem Begleitbrief als den Tatsachen entsprechend bestätigt. Sie ist gewiß sehr lehrreich für Heeresentlassene und Kriegsbefähigte, die mit Bezirkskommandos und Entlassungsstellen zu tun hatten oder noch haben. Nur wird sie für diejenigen, die auf Verriedigung ihrer Ansprüche viele Monate warten müssen, kein Trost sein. Wird aber gegenüber diesen unenträglichem Verwicklungen, deren Ursachen hier ein Kennen der Verhältnisse aufzudecken versucht, nicht endlich an den „zuständigen Stellen“ die Notwendigkeit einer durchgreifenden Abhilfe erkannt werden?

Die Arbeiterräte und Betriebsräte, die auf dem Boden der S. P. D. und der D. V. stehen, können die Plakate mit der Erklärung der Vollversammlung vom 18. August im Bureau des Vollzugsrats, Lindenstraße 114, vorn 1 Treppen, abholen. Der Vollzugsrat.

Wichtig! Arbeiterräte und Betriebsvertrauensleute der S. P. D., sorgt dafür, daß in den Betrieben, wo noch keine Vertrauensleute der Jugend gewählt sind, solche provisorisch ernannt werden. Es wird gebeten, ihnen Ausweise mitzugeben.

„Es dauert noch einen Monat.“ Irrtümer über die Schwangerschaftsdiagnose sind leicht möglich und kommen oft vor. Sie dürfen aber nicht so arg sein, wie der, den im Krankenhaus der jüdischen Gemeinde (Grenzstraße) eine Hebamme sich zu schulden kommen ließ. Eine Frau, die Aufnahme wünschte, erhielt nach Untersuchung durch die Hebamme die Auskunft: „Es dauert noch einen Monat.“

Doch kaum zu Hause angelangt, mußte die Schwangere schleunigst einen Arzt rufen lassen — und es dauerte dann nicht mehr einen Monat, sondern nur noch 32 Stunden. Der Ehemann meldete diesen Sachverhalt dem Krankenhausvorstand und forderte Rückzahlung der 10 R., die für die Untersuchung bezahlt worden waren. Er erhielt den Bescheid, die 10 R. seien nicht für die Untersuchung bezahlt, sondern nur hinterlegt worden als Anzahlung für eine Entbindung in der Zukunft. Da eine solche nicht stattgefunden habe, werde der Betrag zurückgezahlt. Hier ist wohl dem Krankenhausvorstand ein „kleiner Irrtum“ unterlaufen. Auf der Quittung über die 10 R. hatte man ja ausdrücklich die Worte „als Anzahlung“ gedruckt und handschriftlich durch die Worte „für Untersuchung“ ergänzt. War's wirklich eine Hebamme, die diese vom Krankenhaus mit 10 R. berechnete „Untersuchung“ vornahm?

Som Erziehungsaufsicht in Norwegen lehren die dorthin verschickten Kinder jetzt zurück. Eintreffen soll der erste Transport mit 20 Groß-Berliner Kindern heute, der zweite mit Volksschulkolonien-Kindern morgen. Die Ankunft erfolgt auf dem Stettiner Bahnhof in den Vormittagsstunden. Die Zeit kann von der Bahnhofverwaltung erst in den Frühstunden der Ankunftsstage bekannt gegeben werden.

Die Aufhebung der Schußbezugsdempfung wird wieder einmal angeklagt. Sie soll, wie die „Post. Riv.“ von ausländischer Seite erfahren zu haben versichert, noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Eine aufregende Verbrecherjagd.

Die Brüder Karl, Max und Willi Schmidt, alles drei berufstätige Ein- und Ausbrecher, hatten vorgestern mit Kriminalbeamten einen heftigen Zusammenstoß, bei dem einer der Verbrecher ums Leben kam. Die drei waren bisher vergeblich gesucht worden. Vorgestern gelang es, Max in der Schankwirtschaft seines Vaters in der Seestraße 71 zu ermitteln. Während einige Beamte den hinteren Ausgang des Lokals besetzt hielten, drangen andere vorn ein. Max Schmidt sprang jedoch sofort zum Fenster hinaus und lief, von den Beamten verfolgt, die Seestraße entlang. An der Ecke der Dubenaderstraße griff er zur Pistole und schoß auf die Verfolger, ohne zu treffen. In der Hast der Flucht stürzte er dann zu Boden und verlor seine Waffe. Aber bligamell raffte er sich auf, zog eine zweite Pistole aus der Tasche und nahm sofort das Feuer wieder auf. So legte sich die Verfolgung fort bis nach dem Schillerpark. Hier erhielten die Beamten plötzlich und unerwartet Feuer aus einer anderen Richtung. Zugleich wurde ein kräftiger Schäferhund auf sie gehetzt, der einen der Beamten ins Bein biß. Diese legten aber die Verfolgung fort. Max Schmidt erhielt dabei fünf Schüsse, denen er heute früh im Krankenhaus erliegen ist. Allerdings befindet sich der Hund heute noch im Krankenhaus erliegen ist. Allerdings befindet sich der Hund heute noch im Krankenhaus erliegen ist. Allerdings befindet sich der Hund heute noch im Krankenhaus erliegen ist.

Ein neuer Nord am Falkenhagener See.

Ein anscheinend geisteskranker Mann hat in den letzten drei Jahren in der Gegend des Falkenberger Sees zahlreiche Raubüberfälle und Morde verübt, ohne daß es bisher gelungen wäre, seiner habhaft zu werden. In der Nähe von Finckenburg wurde vorgestern abend der Hilfsförster Rielbock schwerverletzt aufgefunden. Er vermachte noch anzugeben, daß er von einem jungen Mann in Soldatenuniform niedergeschossen worden sei, dann verstarb er. In den letzten Tagen hat dieser junge Mann in Soldatenuniform mehrere Raubüberfälle verübt. Auch hat er am Falkenhagener See ein Sommerhaus in Brand gesetzt und dann auf die ankündende Feuerwehrt scharf geschossen. Der Wald wird von einer größeren Abteilung Soldaten nach dem Täter durchsucht werden.

Teltower Kreisstag.

Der Teltower Kreisstag trat am 18. August zu einer Sitzung zusammen. Er überwid die Neuordnung der Verordnungen der Kreisbeamten dem Ausschuss. Die Bildung folgender Verwaltungsausschüsse wurde beschlossen: Wahl-, Finanz-, Einkommens-, Krankenhause-, Landwirtschafts-, Bau-, Bahn-, Kanal-, Volkshilfs-, Bildungsausschüsse. Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt auf Vorschlag der Fraktionen nach ihrer Fraktionsstärke. — Bei Vervollständigung der Vorlage, den der Teltower Kriegswirtschaftsstelle eingeräumten Kredit von 10 auf 20 Millionen zu erhöhen, brachte der Genosse Vahner Klein-Bliesen und verantwortliche Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zur Sprache. Der auf dem Schloß Klein-Bliesen wohnende Prinz Friedrich Leopold von Preußen erhalte alle Lebensmittelkarten, betätige sich aber außerdem in umfangreicher Weise als Selbstversorger. Wiederholt seien Lebensmitteltransporte umfangreicher Art abgefaßt und beschlagnahmt worden. Bei vorgenommenen Hausdurchsuchungen im Schloß Klein-Bliesen und auf dem Rittergut Düppel habe man eine große Menge rationierter Lebensmittel für die nur aus zwei Personen bestehende Familie, ferner in einem versteckten Winkel eine Milch Kuh vorgefunden. Eine Bestrafung könne angeblich nicht eintreten, da der Prinz als Mitglied des königlichen Hauses immun sei. (Lachen auf allen Seiten.) Das gleiche Bild zeige die Kohlenversorgung. Weltweit seien für die prinzipielle Ausbahrung 1800 Zentner Anthrazit, 900 Zentner Briketts, 400 Zentner Koks, ferner für die Gashäuterei 895 Zentner Koks. Nach Beschwerde bei der Reichsforststelle sei das vorgenannte Quantum auf die „bedeudende“ Menge von 900 Zentner Anthrazit und 540 Zentner Koks für die 145 Zimmer und 16 Badezimmer herabgesetzt worden. Dem Prinzen seien für drei Automobile Gummi und Betriebsstoffe zur Verfügung gestellt worden, während man der Gemeinde wegen der Wiederaufnahme ihres Automobilbetriebes die denkbar größten Schwierigkeiten mache. Der Redner hat den Kreisaussschuss, sich der Sache anzunehmen, um diesen unerhörten Zuständen endlich ein Ende zu bereiten. Reg.-Assessor v. Rheinbaben erwiderte, daß die Lebensmittelversorgung der Prinzen die Behörden bereits während der Kriegszeit wiederholt beschäftigt habe. Es werde versucht werden, Wandel zu schaffen. Der Vorlage wurde zugestimmt. — Bei der Neuwahl der Kreisdeputierten waren die demokratische, die sozialdemokratische und die unabhängige Liste verbunden worden, was zur Folge hatte, daß beide Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion, die als stärkste im Kreisstag vertreten ist, gewählt wurden, nämlich Gutschmidt-Brig und Herz-Epenid. Herz trat zugunsten der nächststärksten der verbundenen Fraktionen, von der Wahl zurück, womit der Demokrat Wiesener-Tempelhof einrückte. Die zweitstärkste Fraktion des Kreisstages, die vereinigte Rechte, war infolge der Listenverbindung bei der Wahl ausgefallen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion erörterte der Kreisstag alsdann die Versorgung der Kranken mit Nahrungsmitteln. Genosse Ewald-Tempelhof begründete eingehend die Interpellation und wünschte sofortige Maßnahmen, die eine gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel an die Kranken gewährleisten. Ein Vertreter der Kreiswirtschaftsstelle und ein anwesender Kreisarzt legten eingehend die Praxis dar, nach der bisher vorgefahren worden ist, und bestritten gewisse Ungerechtigkeiten. Auf Antrag der demokratischen Fraktion wurde die Angelegenheit dem Verrat der Kreiswirtschaftsstelle zur weiteren Veranlassung überwiesen. Der Verrat war vorher auf Antrag derselben Fraktion durch drei Mitglieder verstärkt worden. Vorzuliegen sind zwei von der sozialdemokratischen und eins von der unabhängigen Fraktion.

Charlottenburg. Ministerpräsident Hirsch, der fast 20 Jahre der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung angehört, hat sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt, da ihm sein jetziges Amt nicht gestattet, seine Pflichten als Stadtverordneter auch nur in beschränktem Umfang weiter zu erfüllen.

Freie Turnerschaft Berlin.

Der Verein kann jetzt auch sportliche Übungen betreiben, die Sportgeräte und ein Sportplatz zur Verfügung stehen. Die Spiele und Sportübungen finden jeden Mittwoch von 8—10 auf dem höchsten Sportplatz im Urban statt. Von 6—8 Uhr werden Spiele für Kinder veranstaltet. In nächster Zeit wird auch der Fußballbetrieb eröffnet. An alle Turner und Sportfreunde, die auf dem Boden der parteipolitischen Neutralität des Arbeiter-Turn- und Sportbundes stehen, ergibt die Auferhebung, den Verein, der als einziger Arbeiter-Turn- und Sportverein in Berlin auf dem Standpunkt des Bundes steht, mehr als bisher zu unterstützen. Während in ganz Deutschland der Bund gute Fortschritte macht, liegt infolge der Indifferenz der Berliner turnenden Arbeiter und Arbeiterinnen die Bewegung ziemlich brach. Die Turnzeiten des Vereins sind folgende:

- 1. Männer- und Lehrlings-Abt. (ab 14 Jahre): Montag und Donnerstag 8—10 Kottbuler Ufer 51 (Eingang Briser Straße).
- 2. Männer- und Lehrlings-Abt. (ab 14 Jahre): Dienstag und Freitag 8—10 Demminer Str. 27.
- 1. Frauen-Abt. (ab 14 Jahre): Dienstag und Freitag 8—10 Dieffenbacher 61.
- 1. Knaben-Abt. (ab 6 Jahre): von 1. Männer-Abt. abends von 6—8 Uhr.
- 1. Mädchen-Abt. (ab 6 Jahre): von 1. Frauen-Abt. abends von 6—8 Uhr.

In nächster Zeit werden besondere Lehrlings-Abteilungen eröffnet, bis dahin können Jugenblitze von 14 bis 17 Jahren in den Männer-Abteilungen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis morgen Donnerstag für 123, 124, 126, bis Sonnabend für 129, 165, 167, 169, 170, 218. Brotkommission 250 Gramm Röhre, 300 Gramm amerik. Gerstenmehl, 300 Gramm Graupen (76). Abchnitte bis Freitag abzugeben. 34 a bis g verlieren heute Mittwoch Gültigkeit. 7 Pfund Kartoffeln (35 a bis g) für 25 bis 31. August ab Mittwoch, 20. August, entnehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Marienthor-Säbende. Die in den Juliabenden angekündigte Volksversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, 21. August, 7 Uhr, im Marienthorer Gesellschaftshaus, Chausseest. 305, statt. Tagesordnung: „Der internationale Zusammenschluss der Rätebewegung“. Die Parteigenossen und Genosseninnen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Auch die Genossen von Raciensfelde und Lichterfelde sind zu dieser Veranstaltung willkommen.

Stralau. Heute, 7½ Uhr, Versammlung bei Bollenbach. Vortrag des Gen. Brummer.

Karlshorst. Donnerstag 8 Uhr: Frauenabend bei Vozer, Dönhofs-Edle Festsitzloge. Gen. Lehrerin Richter-Berlin: Sozialismus und Erziehung.

Friedrichshagen. Heute, 8 Uhr pünktlich, im Lokal von Scholz, Friedrichstraße 81, Mitgliederversammlung. Genosse Bennetow: „Was wir wollen und was wir müssen“. Gäste willkommen.

Kolnthal-Nordend. Heute 8 Uhr im Lokal von Jrl. Bartz: Sitzung der Funktionäre.

Jungsozialistische Vereinigung S. P. D. Unsere Mitglieder nehmen an den öffentlichen Versammlungen der Partei teil. Der Vortrag „Das religiöse Problem“ wird verschoben.

Arbeiter und Angestellte der St. G. W. Heute, Mittwoch, den 20. August, nachm. 9½ Uhr, im Hotel „zum goldenen Löwen“, Nützenstr. 55, Versammlung aller Angestellten und Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Verein sozialdemokratischer Justizbeamten. Versammlung Freitag 7½ Uhr bei Schulz, Glatzstr. 30. Gen. Ruben: Die Zentralarbeitsgemeinschaft (S. A. G.) für sozialdemokratische Beamte. Diskussion und Wahl der Delegierten zur S. A. G. Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen.

Jugendliche Schülerräte und Betriebsvertrauensleute. Heute, 7 Uhr, Versammlung im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Tr. Jeder Betrieb, jede Schule muß vertreten sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiterräte der Kriegsorganisationen. Donnerstag, 21. August, 9 Uhr, Sitzung, Potsdamer Str. 22 L. Erzhilfen bringen. Tagesordnung: 1. Arbeiterräte, 2. Gewerkschaften, 3. Vertriebenen. — Verband inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften Deutschlands (Nachkriegsverband), Bund Preußen. Donnerstag, 7 Uhr, öffentliche Versammlung in den Germania-Hallen zur Aufführung über Jüwede und Ziele des Verbandes. Geschäftsstelle des Bundes zur Zeit Berlin N 24, Glatzstraße 28.

Gerichtszeitung.

Die Spartakisten-Marktleaderin. Wegen Beihilfe zum Aufruhr anlässlich der Lichtenberger Kämpfe hatte sich die Verkäuferin Else Jost zu verantworten, weil sie angeblich den spartakistischen Kämpfern Lebensmittel, Verbandszeug, und Munition in einem Militärautomobil herangebracht hatte. Sie selbst behauptet, daß sie ohne Unterbruch, ab Reiterjägertruppen oder Sporttaschenanhänger, lediglich Lebensmittel und vor allem Verbandszeug herbeigebracht und auch mehrere Verwundete verbunden habe. Das Gericht erkannte wegen mangelnder Beweise auf Freisprechung.

Aus aller Welt.

Große Armut in Indien.

Bang, 19. August. In Chelisa, einem Vorort von London, hat eine Versammlung stattgefunden, auf der die bekannte Schriftstellerin Anna Hanson in ihrer Rede die Selbstverwaltung für Indien verlangte. Sie führte aus, daß die große Armut in Indien nur durch das System der Regierung veranlaßt wird. Wie arm das Land sei, ergebe sich daraus, daß in Indien durchschnittlich die Bewohner mit 28½ Jahren sterben, dagegen in England mit 40 und in Neuseeland sogar erst mit 60 Jahren.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Rückbogen und eine Nummer bei. Briefliche Zusätze werden nicht erwidert. Einige Anfragen trage man in der Zusätzlichen Spalte, Rubrik 3, 1. Hofpostzettel links, vor. Schriftsätze und Bescheide sind mitzubringen.

G. S. 37. 1. Da die Gemeindefürsorge obliegt, würde er nicht zum Ende kommen. 2. Zur Rückzahlung der 30 R. hatten wir Sie nicht für verpflichtet. — R. 100. Das ist Sache des Hauswirts, lernen nicht im Wiedertrag etwas Anderes bestimmt ist. — G. S. 56. Wenn die Behauptungen bewiesen werden können, ja. — Ausländer. In beiden Fällen kann die Rente weiter bezogen werden. — Wobbit 20. Nicht erledigt. — G. S. 2. 999. Für Sie wird das mutmaßliche Einkommen des Steuerjahres bei der Einschätzung zu Grunde gelegt, das Einkommen, welches Sie nach dem 1. April d. J. gehabt haben. Falls eine Veranlagung für mehrere Diarale gleichzeitig erfolgt, beantragen Sie Stundung. — Rehbauer 354. 1. Ihre Mutter. 2. Reider ja. 3. Bei mehr als 300 M. Jahreslohn. — R. 1850. 1. Warten Sie die Entscheidung des Verwaltungsamtes ab. Sie können auch eine Anfrage dorthin richten. 2. Das ist zulässig, wird aber voraussichtlich nicht geschehen. — R. V. Beschwerde an die Generaldirektion beziehungsweise das Verwaltungsamt. Sollten die Beschwerden zurückgewiesen werden, steht Ihnen das Recht beim ordentlichen Gericht zu. — W. M. 1. Ja. — V. S. 3. 21 Jahre. — G. S. 100. Der volle Betrag. — W. O. C. Debus. Wenden Sie sich an den Grafen v. Sittich, Reichsminister. — G. S. 24. Richten Sie ein Gesuch an die Schuldeputation des Magistrats, Berlin, Rathaus.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Gleichmäßig warm, im Norden überwiegend bewölkt und besonders an der Küste etwas Regen. Im Süden vielfach heiter, nur frühweiser leichter Gewitter.

Unverwundt riß der Tod unseren Gesellschafter und Geschäftsführer, Herrn

Bertram Schneider

aus unseren Reihen.

Wir alle verlieren mit dem Dahingschiedenen einen treuen und zuverlässigen Mitarbeiter, der mit stetem Verständnis, unermüddlicher Arbeitskraft und immer bereitem Willen allen Wandlungen der Zeit Rechnung getragen und stets die Sache über die Person gestellt hat. Die Art seiner Tätigkeit hat es mit sich gebracht, daß der Entschlafene nicht vergessen werden kann.

Die Feuerbestattung findet auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Deutsche Maschinenbau- u. Vertriebsgesellschaft m. b. H. Berlin.

Die Geschäftsleitung, Die kaufmännischen u. technischen Angestellten, Die Arbeiterschaft.

Danksagung.

Für die reichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Ableben unseres unvergesslichen Vaters, des Kohlenhändlerers

August Melzer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Niehoff für seine wohlwollenden Worte herzlichen Dank.

Berlin, 17. August 1919.

Joh. Melzer und Frau.
Aug. Melzer und Familie.

Nachruf.

Am 15. Aug. entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden der Maschinenmeister in meinem Hause, Mohrenstr. 7/8, Herr

Ed. Wagner

im 36. Lebensjahre.

Der Entschlafene, der seit 10 Jahren in meinen Diensten gestanden hat, war erst vor wenigen Monaten aus dem Felde zurückgekehrt. Seine Pflichttreue und sein Fleiß, verbunden mit anständiger Gesinnung, sichern diesem braven Manne ein bleibendes, ehrendes Andenken bei allen Angehörigen des Rex-Hauses.

Georg Fromberg.
Rex-Haus
Mohrenstraße 7/8.

Spezialarzt Dr. Hasché

Corrhunden 10-1, 5-8, Sonn- 10-1.
Friedrichstraße 90

Spezial-Behandlung Kühn

Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I
Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bot. Sprechtz. 10-12, 5-7, Sonntag geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Künstliche Zähne

mit echtem Porzellan, Goldkrone und Brücken, Zahnfleisch, Rep. u. Umarb. sof. Ueber 30 J. fachmäßig. Keine Vorkosten. Zahnpraxis Gröger, Wilmstr. 60a, an der 3. Ledener Str. Fernspr.: Rotogr. 11253, 3556b

Zähne, naturgetreu, wie echte.

Friedrichshaus, bestes Material, pro Zahn 4 M. und 6 M. (keine Kriegsware).

Spezialität: Goldkrone von 30 Mk. an. Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre. Schöne Zahnbehandlung, speziell f. Kranke u. Nervöse. Zahnziehen unentgeltl. Reparaturen, Umarbeitungen sof.

Max Fabian, Dentist.

Neue Königstr. 38, I (2 Min. vom Alexanderplatz).

Komöopath

und Arzt für Naturheilverfahren
Dr. med. Harder
Berlin, Potsdamer Straße 61.
Sprechstunden: 11-1 und 1-6 Uhr außer Sonntag.

Dr. Grütering

Spezialarzt.
Invalidenstr. 35
Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof.
10-1, 1/2-1/2, Sonn. 11-12

Bartflechten, Herpelibrin

die hässliche Flechten-Selfe, tausendfach erprobt und bewährt bei veralteten Fällen. Originalflasche m. Pinsel Mark 4.-. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Zurück, Professor

Dr. Wilhelm Liepmann,
Fasanenstr. 41, 57 D
Fernspr.: Plötzberg 3744.

Wie ein Wunder

besitzt
San-Franz. Raussalbe
aus Mastuzschl., Flecht-, Hautfleck-, versch. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalflaschen 1.30, 7.50 erhältlich in der „Eletamen-Apothek“ Berlin 313, Leipziger Straße 14 (a. Dönhofspl.)

Sorge

u. Jalousie bei Störungen von operativer Sitzung, 8.30 auf 7.-9.

Schwerhörigkeit

Überger. serv. Oberschmerz über ungenügendem Gehör, behandelt mit dem besten Mittel, auch bei Schwerhörigkeit, Deut. u. unvollständ. im trogen.

Gilma, Knecht, Götze
Sana Versand München. 827b

Volkswohl-Lotterie

2667 Gewinne = Markwert
100 000
50 000
10 000

Ziehung 27. u. 28. Aug. 1919

Los M. 3.- Porto u. Liste 10 Losen für M. 30. einschl. Porto und Liste.

H. C. Kahn's Wwe.

Berlin S 14, Alexandrinenstr. 7, und Prinzenstr. 7a

Bekanntmachung.

Allg. Oriskrankeasse für Adlershof und Umgegend.

Zu der am Freitag, 29. August d. J., nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Otto Ziegler zu Adlershof, Schauffstr. 3, stattfindenden außerordentlichen **Ausschreibung** lade ich hiermit die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ein.

Tagesordnung:
Satzungsänderungen des § 20 Abs. 2, § 21 Abs. 3 im fünften Satzatz.
§ 20 Abs. 2 der Ziffer 2 im fünften Satzatz.
§ 20 Abs. 3 erster und letzter Satz.
§ 21 Abs. 1 und Abs. 2.
§ 25 neuer Abs. 2 im fünften Satzatz.

Die Änderungen betreffen die unterm 24. März d. J. vom Versicherungsausschuss des Reichs-Telero angeordneten und am 2. März des Monats April für das Jahr 1919 bekanntgegebenen Beschlüssen der Versicherungsleistungen.

Adlershof, 18. August 1919.
Max Knappe,
Vorstand.

Anruf!

Befehl! Hinterbliebene von Angehörigen des Grenad.-Regiments Nr. 10.

Bedürftige Hinterbliebene von auf dem Felde der Ehre gefallenen Angehörigen des eben. Grenad.-Regts. 10 können aus Gemüthlichen, die aus Originalmitteln der Offiziere des Regts. erfolgt sind und aus wohltätigen Vermittlungen bestehen, kleine einmalige Unterstützungen erhalten.

Die Gesuche, welche Angaben über Dienstgrad, Namen, Komp. des Gefallenen, sowie des Tages der letz. Schlacht enthalten müssen, sind mit vollständiger Bescheinigung über Vermögensverhältnisse, sonstiges Einkommen, Anzahl der Kinder usw. der Gefallenen, zu richten an die **Abteilung des Gren.-Regts. 10 in Schweidnitz.**

Gesuche, welche nach dem 1. Oktober 1919 eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

An Bahnhöfen Berl. Bahn **Landparzellen - 250 m** für Kirchen- und Spargelanlagen. Fossil, Bismarckstr. 8.

Möbel!

Sonder-Angebot!

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Dielen-Möbel
Küchen

in großer Auswahl zu billigen Preisen

Beste Verarbeitung + trodenes Material
Verband auch nach auswärts

Comard- u. Möbelhaus „Bahnhofstraße“ G. m. b. H.

Dircksenstraße 43-44.

Sicherste und beste Kapitalanlage

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft e. G. m. b. H., Berlin O 2, Burgstr. 27. Tel.: Nord 7139.

Eigener Grundbesitz, la Boden.

30 Verteilungsstellen in Berlin und Vororten.
Bisher über 4000 Mitglieder.
Neu-Aufnahmen können noch erfolgen.
Kriegs-Anleihe wird noch kurze Zeit zum Nennwert in Zahlung genommen.

Ansiedlung

durch ältere Baugenossenschaft in ländl. und westl. Gebiet direkt am Bahnhof, günstige Lage, fein Waldboden, ger. Kapitalanlage. Keine Mietwohnungen, nur Eigenheime.

Ansiedlung Jägerstraße 13.

Kranke Ziegen

Sanitäre, Geflügelkrankheiten, erfolgreichste Behandlung, Spezialsystem, Hand-Rücken, -Bein, -Hals, -Hinterbein nur mittags nach Anweisung. **Mähiges Honorar.**

Tierarzt Jilling, Am Schießschen Tor.
8-12
3-4
Sonntags 11-1.

Alte Gebisse

(auch getrocknete od. einzelne Zähne) werden nur heute **Rittm. 20, 8. u. Donnerstags 21, u. pro Zahn mit M. 1,00 bis M. 9,00 am höchsten bezahlt** im Hotel **Edenhaus, Berlin W, Krausenstr. 56, 56a, Zimmer 1, von 10 bis 8 Uhr.**
Für Gold-Platin-Gebisse und Platin in jeder Form ebenfalls allerbilligste Preise.

Das XX. Korps veranlaßt am 21. August zusammen mit der Regiments-Musik des Ostpreussischen Grenadierregiments und dem Grenadier- und Infanterie-Regiment

auf dem Schlachtfelde von Tannenberg

für die Angehörigen des XX. Armeekorps und die Bevölkerung Masurens und Ostpreuens eine

Gedenkfeier

zur Erinnerung an die 1914 Gefallenen.

Alle, die 1914 in den Reihen des XX. Korps bei Tannenberg mitgekämpft haben, werden eingeladen, an der Feier teilzunehmen und mit uns erneut das Gedenkmahl zum Deutschstum abzugeben auf unserer heiligmächtigsten blutgetränkten Schlachtfelder.

Diejenigen, die außerhalb des Verbandes von Deutschen an der Feier teilnehmen wünschen, werden gebeten, bis zum 20. August dies dem General-Kommando **Wienheim, Bahnhofstr. 63, unter dem Schildwort „Tannenberg“** mitzutheilen, unter Angabe des Dienstgrades und Truppenanteils, bei dem sie 1914 gekämpft haben.

Die Feier findet bei **Hohenstein** statt; Beginn der Feier und Abfahrtszeit der Sonderzüge werden durch die Tagespresse nach bekanntgeben. Der am Tage vor oder nach der Feier in **Hohenstein** oder **Ostpreußen** durch das General-Kommando unterbreitet zu werden wünscht, werde dies gleichzeitig mit seiner Anmeldung dem General-Kommando mitteilen.

Der Kommandierende General des XX. Armeekorps.
Albrecht, Generalleutnant.

Wanzen greift jede Wanze!

Sicher wirkendes Radikalmittel

Rur in Originalflaschen mit nebenstehendem M. 2,-
Dilbzeichen M. 2,-
Das Schuwmori „Wanzen-Greif“ verbürgt volle Wirksamkeit.
Man nehme nichts anderes dafür!

GES - GESCH. In den Drogerien erhältlich.

Allein-Fabrikant: **Otto Reichel, Berlin SO 33, Fernspr. Wpl. 4751-53.**

Bekanntmachung.

I. Es erfolgen auf den Abschnitt 10 der allgemeinen Lebensmittelliste der Stadt Berlin

200 Gramm amerikanisches Gerstenmehl für 21 Pf. und
300 Gramm Graupen für 21 Pf.

II. Unter Ausschluss nachfolgender Annahme sind die Anmeldebüchlein von **Wittmann, den 20. August, bis Freitag, den 22. August 1919, bei den Reichshändlern** abzugeben.

III. Die Reichshändler haben die Anmeldebüchlein zu der oben aufgeführten Nummer bei den Großhändlern am 22. August 1919 abzugeben.

IV. Nicht abgegebene Ware verfällt mit dem 23. September 1919.

Berlin, den 18. August 1919.

Magistrat.
Vertretung für Lebensmittel.
Tgl. Nr. 5015 20.

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung.

Alle in den Steuerbüchern II-40 und 178-181 veranlagten Steuerpflichtigen, welche die fälligen Einkommen- und Gewerbesteuer (für April/September 1919 und folgende Jahre) noch nicht entrichtet haben, werden, sofern sie einen Bescheidungsbescheid bereits erhalten haben, hierdurch aufgefordert, die fällig gewordenen Beträge

spätestens bis zum **26. August d. J.**

an die zuständige Steuerkasse abzuführen. Diese Aufforderung gilt als Mahnung gemäß § 7 der Verordnung vom 15. September 1900 bez. des Bescheidungsantragsverfahrens pp. Besondere Mahnungsmittel werden nicht befolgt.

Für die Stadtbezirke 31-40 ist zuständig die Steuerkasse III, W 33, Kurfürststr. 143.
Für die Stadtbezirke 178-181 ist zuständig die Steuerkasse VII C, O 34, Petersburger Str. 1.
Berlin, den 20. August 1919.

Steuerdeputation des Magistrats,
Abteilung III,
Kaiserl. Stadtrat.

Ausschreibung Nr. 2.

Auf Grund der allgemeinen Bedingungen für Ausschreibungen des Reichsfinanzministeriums (Reichsverwertungsamt) vom April 1919 werden nachstehende Waren durch Ausschreibung gegen sofortige Zahlung verkauft:

etwa 30 Feldschmieden.

Die Waren lagern im Lager **Bau 111, Tempelhofer Feld, Berliner Reich- und Linsen** dort befristet werden. Letzter Tag für die Abgabe von Geboten ist der **22. August 1919**. Die allgemeinen Bedingungen für die Ausschreibung nebst Preisformular sind erhältlich bei der Zweigstelle des Reichsfinanzministeriums (Reichsverwertungsamt) Berlin, Potsdamer Straße 134. Dasselbe werden auch Besichtigungsstellen ausgestellt.

Öffnung der Angebote erfolgt am **23. August 1919, 12 Uhr mittags**, in den Räumen der Zweigstelle, Berlin.

Der Bieter hat seinen Anspruch auf Erstellung des Auftrages **83/17** Reichsfinanzministerium (Reichsverwertungsamt), Zweigstelle Berlin, Potsdamer Str. 134.

Ausschreibung Nr. 3.

Auf Grund der allgemeinen Bedingungen für Ausschreibungen des Reichsfinanzministeriums (Reichsverwertungsamt) vom April 1919 werden nachstehende Waren durch Ausschreibung gegen sofortige Zahlung verkauft:

120 503 zusammenlegbare Flugzeugwagen-Bedachungen.

Die Waren lagern in **Bohnenstraße** bei der Firma **„Klötzer“** Berlin für Flugzeugunternehmungen m. b. H. und können dort befristet befragt werden. Letzter Tag für die Abgabe von Geboten ist **Sonntag, den 22. August 1919**. Die allgemeinen Bedingungen für die Ausschreibung nebst Preisformular sind erhältlich bei der Zweigstelle des Reichsfinanzministeriums (Reichsverwertungsamt) Berlin, Potsdamer Straße 134. Dasselbe werden auch Besichtigungsstellen ausgestellt.

Öffnung der Angebote erfolgt am **23. August 1919, 10 Uhr mittags**, in den Räumen der Zweigstelle, Berlin.

Der Bieter hat seinen Anspruch auf Erstellung des Auftrages **83/18** Reichsfinanzministerium (Reichsverwertungsamt), Zweigstelle Berlin, Potsdamer Str. 134.

Zentralverband d. Handlungsgehilfen. Bez. Ostpr.

Donnerstag, den 21. cr., abends 7 1/2 Uhr, in **Georgs Hof, Große Frankfurter Str. 30:**

Bezirksjüngung

Tagesordnung:
Neuaufbau der Ortsgruppe.
Erscheinen aller Mitglieder dringend erbeten!

Verband gemeinnütziger Siedlungs-Vereinigungen e. V.

Freitag, den 29. August 1919, abends 6 Uhr, in den **Germania-Frauentagen, Chausseestr. 110**

Erste außerordentliche General-Versammlung

Alle Siedlungsvereinigungen, Genossenschaften usw., die Interesse an der Förderung der Siedlungsbewegung haben, werden ersucht, Delegierte zu dieser Versammlung zu entsenden, oder ihre Adressen anzugeben.

Der Vorstand.
J. A.: Max Buchholz, Berlin W. 8, Jägerstraße 13.

Kopfwasch-Pulver

ÜBERALL ERHÄLTICH

Jeder Art in großer Auswahl und guter Ausführung auf **Bar oder Kredit.**

Möbel-Gross

Gr. Frankfurter Str. 141, Invalidenstr. 5, Ring, Ackerstr.

Salon-Harmonium

1250.-, Konzertharmonium mit Koppelharze 1500.-, 12. Klavier 600.-, gebrauchtes billig, verl. Berger & Co., Oranienstr. 160. Preisnachlass 11. Etage.

Händler

Können durch einen Agenten leicht vertrieben werden. C. Fandler & Co., W. 25, Magdeburger Str. 26.

Betrifft Kohlennot

Verkauf nur bis 1. Sept. Holz, Stroh, Stroh, 1 L. m = 10 Kisten M. 25,- garantiert trocken u. o. fertig.

W. Schäfer, Cuorostr. 2.

Carl, Schellack, Kauf Otto Hahn, Dierichstr. 2, 3071b

Emmle's

Speise Zimmer
Horror-Zimmer
Schlaf Zimmer
Wohn Zimmer
Küchen
u. allen
Erdarbeiten

S. 59.
Kottbusenerstr. 326

Baufbeamten

mit guten Allgemeinkenntnissen. Off. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche unter J. J. 12 830 an **Kudolf Mosse, Berlin SW 19.**

Werkmeister

gesucht für unseren Kleinmotorenbau, welcher befähigt ist, einen Betrieb weiblicher Arbeiterinnen zu leiten und mit dem Bau- und Maschinenbau, sowie mit der modernen Maschinenbau vollständig vertraut ist. - Zunächst schriftliche Offerten mit Zeugnisabschriften möglichst mit Bild zu richten an **36519 Elektr.-Def. „Fema“, Bergstraße 34.**

Pommischer Redakteur für Dortmund

per 1. Okt. gesucht. Ref. wird auf eine erstklassige Kraft mit selbst. poln. Urteil, tüchtigen Kenntnissen mit poln. Befähigung. Off. Bewerbungen mit kurzen Lebenslauf und Stillschreiben bis **21. August** erdten an die Geschäftsleitung der **„Westf. Allgemeinen Volks-Zeitung“, Dortmund, Rietz 6.** 216/17

Sohn achtbarer Eltern als

Bureaubote

gesucht. Angebote unter R. 33 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ erbeten.

Gürtler

der bereits edle Bekleidungs auf Schirme u. Spangierstoffe gearbeitet hat, gesucht

Remak & Silber, Schirmfabrik Lindenstraße 71-72 b

Oberrheinische

für beschreiblich empfindliche Familienzeitung, keine Versicherung, gesucht. Angebote befürchtet **Kudolf Mosse, Berlin SW 19, unter J. J. 14 647.**

Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt suchen von **Terpitz & Wachsmuth 21,6** Ausbacherstraße 13/15.

